Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1909

88 (16.4.1909)

Visual Library

Nr. 88. Karlsruhe, Freitag, den 16. April 1909. 29. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk. durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144. Sprechstunde d. Redaktion: 12—½1 Uhr. Redaktionsschluß: ½10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. ½9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends ½7 Uhr.

Druck und Verlag Buchdruckerei Geck u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: W. Kolb, Residenz, Kommunales, Neues v. Tage, Feuilleton u. Unterh.-Beil.: A. Weißmann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Rundschau: H. Kadel, alle in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Der neue Strafprozeß.

Zur bevorstehenden ersten Lesung der Strafprozeßnovelle im Reichstag schreibt uns ein Jurist:

Die Gerichtsverfassung eines jeden Landes ist nur das Spiegelbild seiner staatsrechtlichen Verfassung. In den Jahrunderten der unbeschränkten Fürstengewalt hat sich der Richterabsolutismus entwickelt, der in den Formen des Inquisitionsprozesses in geheimem Verfahren Bürger und Bauer bedrückte. Das vorige Jahrhundert brachte dem Bürgertum keinen vollen politischen Sieg und deshalb gestaltete sich der deutsche Strafprozeß, wie die Reichsverfassung, zu einem wunderlichen Gemisch von modernen Ideen der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit neben schlimmen Resten des geheimen Verfahrens und der unbeschränkten Polizeiherrlichkeit. An diesem Zustand wird auch nichts geändert werden durch die schwächlichen Reformversuche, mit denen der Liberalismus unter dem glorreichen Banner des Blocks abgespeist wird. Die Gesetzentwürfe über Aenderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung beweisen, daß auch hier wieder der kleinste Fortschritt mit bedenklichen Verschlechterungen bezahlt werden muß. In einigen Tagen war die Kluft zwischen veralteten Paragraphen und dem Rechtsempfinden so tief geworden, daß selbst die Reichsregierung und die rückständige Professorenkommission, von der sie sich beraten ließ, das Reformbedürfnis nicht leugnen konnten. Daß jährlich Zehntausende von jungen Kindern wegen jeder lächerlichen Kleinigkeit ins Gefängnis gesteckt werden, während offenbar nur der Mangel an Erziehung oder Pflege sie auf den Weg der Straftat bringt, ist eine sinnlose Grausamkeit, die junge Menschen büßen lassen will, was durch die sozialen Zustände verschuldet wurde. Es wird jetzt ein besonderes Verfahren gegen Jugendliche eingeführt, das möglicht, gegen Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Besserungsmaßregeln statt der Bestrafung anzuwenden. Die Staatsanwaltschaft soll, wenn die Beschaffenheit der Tat sich dazu eignet, keine Klage erheben, sondern die Sache an die Vormundschaftsbehörde abgeben. Wird gegen einen Jugendlichen das Hauptverfahren eröffnet, so kann das Gericht, auch wenn der Angeklagte schuldig ist, das Verfahren durch Beschluß einstellen, wenn es Erziehung für notwendiger hält als Bestrafung. Auch die seit so vielen Jahren geforderte Berufung gegen die Urteile der Strafkammern wird endlich eingeführt. Der Ruf nach dieser Reform entsprang dem tiefen und berechtigten Mißtrauen gegen die Beamtenrichter. Dagegen hat man nur scheinbar den Zeugniszwang gegen die Presse abgeschafft. Es sollen künftig Redakteure Verleger und Leiter einer Zeitung die Auskunft über die Person des Verfassers oder Einsenders eines Artikels strafbaren Inhalts verweigern dürfen, wenn ein Redakteur der Druckschrift als Täter bestraft ist oder seiner Bestrafung kein Hindernis entgegensteht. Diese Vorschrift findet jedoch keine Anwendung, wenn der Inhalt des Artikels den Tatbestand eines Verbrechens begründet (also z. B. bei Hochverrat). Auch für die sehr zahlreichen Fälle, in denen der Disziplinarzwang angewendet wurde, um ein Disziplinarverfahren gegen einen Beamten durchzuführen, bleiben unberührt.

Diese kleinen Besserungen, die dem ganzen Volke zugute kommen, werden aufgewogen durch mehrere offenbare Rückschritte, deren Folgen besonders die Arbeiterbewegung empfinden wird. In § 233 des Gerichtsverfassungsgesetzes ist folgende Bestimmung eingefügt, die auf den ersten Blick recht unschuldig aussieht. Die Zuziehung der Schöffen unterbleibt bei Uebertretungen und bei solchen Vergehen, die nur mit Geldstrafe bis zu 300 Mk. allein oder neben Haft oder in Verbindung mit Einziehung bedroht sind, sowie bei den nach dem Gewerbeordnung strafbaren Vergehen.

Die Vorschrift soll und wird ein Schlag gegen die Gewerkschaften sein. Es würde niemand etwas dagegen einwenden, daß offenbare Kleinigkeiten ohne Zuzug von Laien entschieden werden. Aber wer denkt nicht daran, daß in dieser Weise durch Polizeiverordnungen der gewerkschaftliche Kampf erschwert wird? In Sachsen haben einzelne Behörden Polizeiverordnungen gegen den Streikposten erlassen. In sehr vielen Städten ist durch Anordnungen der Straßenpolizei das Streikpostenstehen fast unmöglich gemacht. Und welcher Unfug wird mit dem groben Unfug-Paragraphen getrieben! Mit mehrwöchentlichen Haftstrafen sind Personen bedacht worden, die verdächtig waren, an einer friedlichen Wahlrechtsdemonstration sich beteiligt zu haben. Alle diese Uebertretungen soll künftig der Herr Amtsrichter oder der junge, strebsame Herr Assessor allein aburteilen. Die Schöffen, denen übrigens nach dem Entwurf Diäten zugebilligt werden, bieten doch in den meisten Fällen eine gewisse Gewähr dafür, daß sie sich nicht von reaktionären Auslegungskünsten, sondern vom Rechtsempfinden leiten lassen. In dem § 146a der Gewerbeordnung werden Gewerbetreibende, die entgegen den gesetzlichen Vorschriften Arbeiter an Sonn- und Festtagen beschäftigen oder den Bestimmungen über die Sonntagsruhe zuwiderhandeln, mit Geldstrafe bis zu 600 Mk. bedroht. Die ausgesprochenen Strafen waren meist so niedrig, daß sie wie eine Aufreizung zur Fortsetzung der Vergehen wirken mußten. Es wird darin sicherlich nichts geändert werden, wohl eher noch eine Verschlechterung eintreten, wenn künftig der Richter allein urteilen wird.

Gegenüber den vielen schweren Mängeln des Strafverfahrens, besonders gegenüber der Rechtlosigkeit des Angeschuldigten in der Voruntersuchung, gab es bisher ein wertvolles Schutzmittel: das Gericht war gezwungen, die von dem Angeklagten direkt geladenen Zeugen oder Sachverständigen zu vernehmen. Wiederholt ist vorgekommen, daß durch solche Beweismittel in der ersten Stunde der Verhandlung das Anklagegebäude zertrümmert worden ist, nachdem vorher der Angeklagte monatelang in Untersuchungshaft gehalten war und vergeblich die Vernehmung der Zeugen beantragt hatte. Unvergessen ist der große Königsberger Hochverrats-Prozeß. Nur durch die direkt beigebrachten Zeugen und Sachverständigen wurde es möglich, die Gebilde russischer und preußischer Polizeiphantasie so zu beleuchten, daß die Wahrheit erkannt werden konnte. Diesem wichtigsten Recht des Angeklagten soll jetzt ein Ende gemacht werden. Nach § 232 der neuen Strafprozeßordnung soll jetzt das Ermessen des Gerichts darüber entscheiden, welche Beweise zu erheben sind. Es soll die Beweisaufnahme ablehnen können, wenn wegen „Offenkundigkeit" sich jede Beweiserhebung erübrigt, ferner, wenn die zu beweisende Tatsache für die Entscheidung „ohne Bedeutung" oder wenn das Gericht das Beweismittel für „ungeeignet" hält. Wenn diese Bestimmungen angenommen werden, so wird künftig der Prozeß unter dem Zeichen der Willkür stehen. Der Vorsitzende und der Referent des Gerichts haben sich aus den Akten ihre feste Meinung gebildet, natürlich meist in Uebereinstimmung mit der Auffassung der Anklagebehörde. Meist sind die Herren durch lange Sitzungen übermüdet und nervös. Sie empfinden es als unangenehme Störung und Auflehnung, wenn der Angeklagte durch Zeugen oder andere Beweismittel das fertige Bild, das sich aus den Akten für die Schuld ergibt, zu zerstören unternimmt. Wie nahe liegt da die Versuchung auszusprechen, daß sie unter Beweis gestellte Tatsache „ohne Bedeutung" oder daß das Beweismittel „ungeeignet" sei. Wenn gar durch die Beweisaufnahme hohe oder höchste Persönlichkeiten bloßgestellt würden, so wird nur in ganz seltenen Fällen der Angeklagte es durchsetzen, daß die zu seiner Entlastung nötigen Beweise erhoben werden. Das gleiche löbliche Ziel, die gute Gesellschaft vor unangenehmen Enthüllungen zu schützen, wird übrigens auch angestrebt durch weitgehende Einschränkung der Oeffentlichkeit in Beleidigungsklagen. Während bisher in allen Fällen die Verkündung des Urteils öffentlich erfolgen mußte, kann durch Gerichtsbeschluß auch für die Begründung und Verkündung des Urteils die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden, wenn eine Gefährdung der Staatssicherheit oder der Sittlichkeit zu befürchten ist. In allen Beleidigungssachen genügt schon der Antrag eines Prozeßbeteiligten. In Verbindung mit der Strafrechtsnovelle, die den Wahrheitsbeweis fast unmöglich macht, ist also für die Eulenburg und Konsorten recht zärtlich gesorgt.

Nicht beseitigt ist in dem Entwurf die unwürdige Stellung des Verteidigers im Vorverfahren. Auch weiterhin wird ihm der Staatsanwalt oder der Untersuchungsrichter eine Schildwache mitgeben dürfen, wenn der Rechtsanwalt den Verhafteten besucht. Die Verteidigung bleibt unerträglich erschwert durch die Geheimniskrämerei, die mit den Akten getrieben wird. Während dem Staatsanwalt alle Hilfsmittel der Polizei zur Verfügung stehen, dauert es oft monatelang, bis der Verteidiger weiß, was eigentlich dem verhafteten Angeklagten zur Last gelegt wird. Er ist dann gezwungen, oft in wenigen Tagen Gegenbeweise beizuschaffen gegen das Material, das die Anklage Monate hindurch zur Belastung gesammelt hat. Nicht geändert werden auch die Vorschriften über die Untersuchungshaft. Durch eine wertlose Formel über „Kollusionsverdacht", die vollständig sich deckt mit Beamtenwillkür, können Menschen ein Jahr und länger der Freiheit beraubt werden. Spätere Geschlechter werden über diese Zustände ungefähr so denken und sprechen, wie wir über die Hexenprozesse.

Unter diesen Mißständen leidet naturgemäß der besitzlose Teil des Volkes am schwersten. Nicht bloß deshalb, weil reiche Leute durch eine Kaution sehr oft die Untersuchungshaft abwenden können, sondern auch deshalb, weil nach dem Entwurf der Staatsanwalt nicht mehr verpflichtet ist, in allen Fällen Anklage zu erheben. Was es in der Praxis bedeutet, wenn der Staatsanwalt darüber entscheidet, was im öffentlichen Interesse liegt, ist zur Genüge bekannt. Noch unverhüllter und schamloser als früher wird die Schärfe des Strafrechts sich gegen die Arbeiter richten, während die Gutgesinnten unter den Fittichen des Staatsanwalts, dessen „freies Ermessen" über die Anklage entscheidet, wohl behütet ruhen.

Die Sozialdemokratie wird diese Scheinreform rücksichtslos bekämpfen. Die Vorlage ist ein neuer Beweis für die alte Erfahrung, daß in keinem Land so unverhüllt wie im deutschen Reich die Justiz zum Mittel des Klassenkampfes gegen das Proletariat degradiert wird.

Neueste Nachrichten.

Privat-Telegramme.

Bülow und die Finanzreform.

Berlin, 16. April. Am 20. April, dem Tage des Wiederbeginns der Reichstagsverhandlungen, empfängt Bülow eine größere Anzahl Abordnungen aus allen Teilen des Reichs, die ihm ihre Wünsche wegen der Finanzreform vortragen.

Stuttgart und die Reichsfinanzreform.

Stuttgart, 16. April. Gestern fand hier eine von 2000 Personen besuchte Versammlung statt, die sich mit der Reichsfinanzreform beschäftigte. Es sprachen Hieber (natl.) und Storz (Dem.). Man beschloß, eine Abordnung nach Berlin zu senden.

Die Arbeitslosenfrage.

Berlin, 16. April. Das Stadtverordnetenkollegium nahm erst heute zu dem Antrag der Sozialdemokratie Stellung, für die Arbeitslosen 300 000 Mk. zu bewilligen. Die Mehrheit beschloß Uebergang zur Tagesordnung. Die Freisinnigen verwiesen die Arbeitslosen an die Armen-Deputation.

Offenbach, 16. April. Das Stadtverordnetenkollegium lehnte den sozialdemokratischen Antrag, 3000 Mk. für die Arbeitslosen zu bewilligen, ab.

Zu einem tragischen Verhängnis

wurde dem Schutzmann Mette in Hagen in Westfalen eine Erbschaft, die ihm in Höhe von 6000 Mk. ausbezahlt wurde. In seiner Freude veranstaltete er ein kleines Trinkgelage, das er noch fortsetzte, als sein Nachtdienst bereits begonnen hatte. Um nun sein Fehlen im Revier, das von dem kontrollierenden Wachtmeister bemerkt worden war, glaubhaft zu entschuldigen, ging er in den hochgehenden Volmefluß und erklärte, als ihn Bahnbeamte mit großer Not herausholten, daß ihn eine Rotte Italiener über die Brücke geworfen habe. Der wahre Sachverhalt wurde indessen schnell aufgeklärt, und als sich der Schutzmann überführt sah, ging er nach Hause, legte sich zu Bett und schoß sich aus seinem Dienstrevolver eine Kugel durch die Schläfe. Mette, der 27 Jahre alt und Familienvater ist, wurde sterbend dem Krankenhause zugeführt.

Ein neues Erdbeben

registrierte gestern Abend die Laibacher Erdbebenwarte. Die Aufzeichnungen begannen um 9 Uhr 6 Minuten 6 Sekunden und erreichten ihr Maximum mit einem Ausschlag von 13 mm um 9 Uhr 40 Minuten 10 Sekunden und endeten um 11 Uhr. Die Herd-Distanz wurde auf 6000 Kilometer berechnet.

Politische Uebersicht.

Das Zentrum auf dem Kriegspfad gegen Bülow.

Das Zentrum läßt nicht locker, Bülow soll und muß fallen; er ist das Hindernis, das den Weg zu der alten „maßgebenden" Stellung versperrt. Ein Leitartikel in der „Germania" vom 14. April knüpft an das dem Kaiser zugeschriebene Wort an: „Ich habe mich mit Bernhard versöhnt". Und es wird nun erzählt, daß diese Versöhnung nur unter den größten Demütigungen Bülows zu erreichen gewesen sei; er habe „unter Tränen" den Kaiser seiner steten Treue versichert. Die „Germania" behauptet, daß ihr von gut unterrichteter Seite diese Darstellung bestätigt wird mit dem Beifügen, daß der „Reichskanzler wie ein Schloßhund geheult habe, da er wohl wußte, daß der Kaiser gegen Tränen stets nachgiebig sei".

Nach der Versöhnung habe dann Bülow das Unrecht, das man seit Jahren dem Kaiser zugefügt habe, gutzumachen versucht, indem er die Krüger-Depesche und die Marokkoreise als Staatsakte auf seine Verantwortung nahm. Und Bülow habe noch mehr getan. Er habe die öffentliche Meinung wieder zugunsten des Kaisers umgestimmt.

„Seit den November-Tagen war eine große Spannung zwischen Kaiser und Kanzler; das vertrauliche „Du" und „der Bernhard" waren verschwunden; nur die „Durchlaucht" war geblieben und zwar ebenso im mündlichen wie im schriftlichen Verkehr. Der Kaiser fühlte sich getäuscht, falsch beurteilt, ungerecht behandelt; er klagte darüber, daß kein Hohenzoller in der öffentlichen Meinung so sehr verkannt sei wie er. Und er maß die Hauptursache für diese Erscheinung dem Tun und Unterlassen des derzeitigen Reichskanzlers bei. Da gab es für diesen nur eine Rettung: Die ganze Oeffentlichkeit mußte von den Novembertagen schweigen. So wurde die Parole in den Mehrheitsparteien und für die offiziöse Presse ausgegeben."

Die „Germania" verlangt schließlich noch von Bülow, daß er auch die Schuld an der Interview-Affäre auf sich nimmt, denn der Kaiser habe unverdienterweise großherzig an Bülow gehandelt.

Wie die reichen Erben mogeln.

Justizrat Bamberger-Aschersleben, der seit Jahren für eine Erweiterung der Erbschaftssteuer und für eine Reichserbschaftssteuer literarisch eintritt, zeigt in einem interessanten Artikel in der „Täglichen Rundschau", wie viel den Staaten durch die Steuermogelei der Erben verloren gehen und auf welchem Wege das Reich die Erben bei Durchführung einer Reichserbschaftssteuer am wirksamsten heranziehen könnte. Er zeigt, daß die preußische Erbschaftssteuer im Jahre 1907 nur rund 40 Millionen, also viel zu wenig ergeben habe. Wenn man den Durchschnitt der Besteuerung, also 8 Prozent, annehmen würde, dann würden bei 40 Millionen Steuereinnahme nur 500 Millionen vererbt worden sein. Vererbt werden aber nach der von den verbündeten Regierungen aufgestellten Rechnung nicht 500 Millionen, sondern 1425 Millionen steuerpflichtiges Vermögen jährlich. Davon müßten bei Zugrundlegung eines Durchschnittssatzes von 8 Prozent 114 Millionen Steuer aufkommen und nicht 40 Millionen! Bamberger sagt, daß der Ausfall seinen Grund in Hinterziehungen hat oder in unzureichender Erhebung der Steuer, oder in beiden Umständen zusammen. Sicherlich sprechen Hinterziehungen in bedeutendem Umfange mit. Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, um Hinterziehungen zu bekämpfen, ihnen von vornherein nach Möglichkeit vorzubeugen. Die bestehenden Bestimmungen reichen dazu nicht aus, sonst wären solche Ausfälle nicht möglich. Die Einziehung der Erbschaftssteuer geschieht nicht einheitlich, von Reichs wegen, sondern sie ist 26 Bundesstaaten übertragen. Dies allein hat notwendig Verzögerungen und sonstige Nachteile zur Folge. Bamberger macht nun den interessanten Vorschlag, mit der Einführung der Reichserbschaftssteuer rechnend, daß die Feststellung, Sicherung und Einziehung von Erbschaften, die dem Reiche anheimfallen, unter Aufsicht des Reichsschatzamtes den Vorständen der betreffenden Gemeinden übertragen und den Gemeinden als Vergütung für ihre Tätigkeit 5 Prozent des Nachlasses überlassen werden solle. Von der staatlichen Steuerbehörde sei eine schnelle und erfolgreiche Abwicklung derartiger Geschäfte schwer zu verlangen, zumal wenn die Behörde ihren Sitz an einem entfernten Orte hat. Daher kommt es, daß der wirkliche Bestand des Nachlasses in so vielen Fällen nicht zur Kenntnis der Steuerbehörde gelangt. Also kann auch der Steuerbescheid, der dann erlassen wird, dem wirklichen Bestande der Erbschaft nicht entsprechen. Auf diese Weise kommen die beklagenswerten Steuerergebnisse zustande, die jetzt vorliegen. Die trauernden Hinterbliebenen lachen sich ins Fäustchen. Der Fiskus aber, d. h. die Gesamtheit der Reichsangehörigen, ist geschädigt, gegen klares Gesetz.

Wie man in Preußen Minister wird.

Der verstorbene Abgeordnete v. Tiedemann hat in sehr amüsanter Weise erzählt, wie der vormalige Oberbürgermeister Hobrecht in angeheiterter Stimmung Finanzminister wurde. Er erzählt nun noch weiter, wie Herr v. Luzius Ballhausen zu dieser Ehre kam. Hobrecht hatte seine Entlassung eingereicht und Bismarck war um einen Nachfolger verlegen. Tiedemann wies auf Luzius hin und erhielt Auftrag, er möge doch dort sofort sondieren. Er erzählt dann weiter:

„So fuhr ich denn nun zum Hotel d'Angleterre, wo Luzius damals wohnte. Ich begrüßte ihn bei meinem Eintritt mit den Worten: „Sie meinten vorhin, mich heute Abend als Exzellenz titulieren zu können; ich drehe den Spieß um und exzellenze Sie. Sie sind der neue Finanzminister." Luzius streckte erschrocken die Hände von sich und erklärte, sofort nach Ballhausen abreisen zu wollen, um jedem Einfangen zu entgehen. Keine Macht der Erde werde ihn veranlassen, nach dem Palais am Kastanienwäldchen zu ziehen. Ich zog also unverrichteter Sache wieder ab."

Das Finanzministerium übernahm dann Bitter und Luzius war am nächsten Abend Landwirtschaftsminister.

Die hessische Wahlrechtsvorlage.

Dem hessischen Landtage ich eine neue Vorlage zugegangen, die die Einführung des direkten Wahlrechts enthält. Damit verbunden sind drei Vorlagen, über Verfassungsänderung, Bildung der Ständekammer und die Wahlkreiseinteilung.

Badische Politik.

Zur Verteidigung des Ministers v. Marschall

bringt die „Bad. Presse" einen längeren Artikel, in dem es u. a. heißt:

„Ob bei einem Ministerwechsel am badischen Eisenbahnministerium die jetzt erhobenen Klagen verstummen würden, ist mehr als fraglich, denn die badische Eisenbahnpolitik ist nicht die Politik des Freiherrn v. Marschall allein, sondern das Ergebnis eingehender, alle in Betracht kommenden Interessen gleichmäßig abwägender Prüfungen und Erwägungen, denen sich kein Eisenbahnminister entziehen kann, und sie ist außerdem gebilligt von sämtlichen Mitgliedern des Staatsministeriums."

Das mag stimmen, ist aber kein genügender Grund zur Verteidigung des Ministers, der nachgewiesenermaßen nicht fähig ist, diesen Posten selbständig so zu versehen, wie man es von einem verantwortlichen Minister verlangen kann und muß. Wir erinnern nur an die verschiedenen Szenen im Landtag, wo Herr v. Marschall sich in einer Rolle befand, wie die eines Kindes in einem gewissen Zustand. Es ist landeskundig, daß dieser Herr dem Posten nicht gewachsen ist. Wir glauben nicht nur, daß das Staatsministerium die Politik des Herrn v. Marschall deckt, sondern daß die anderen Mitglieder des Staatsministeriums, speziell Herr Honsell, diese Politik machen. Das ist aber nur ein weiterer Grund, die Beseitigung des Herrn v. Marschalls zu fordern. So schwimmen wir nicht im Geld, daß wir für die Rolle eines Minister-Statisten jährlich 18 000 Mk. ausgeben können.

Das Zentrum und die „Karlisten".

Am Sonntag sprach der evangelische Zentrumskandidat Pfarrer Karl in Schwetzingen. Er stellte sich völlig auf den Boden des Programms des Bundes der Landwirte. Die Zentrumspresse macht die denkbar lebhafteste Reklame für den evangelischen „Bundesbruder". In spaltenlangen Berichten wird die Karlsche Rede und die daran angeknüpfte Diskussion wiedergegeben. Das Zentrum betrachtet Karl quasi als seinen Kandidaten.

Ueber das Blockabkommen

weiß die „Lahrer Ztg." einiges zu berichten: Das Abkommen beruht auf folgender Grundlage: In den Bezirken Freiburg, Karlsruhe, Mannheim, Lahr-Stadt und Lahr-Land wird das frühere Blockabkommen unter Wahrung des Besitzstandes der betreffenden Partei aufrechterhalten; in den Bezirken Baden-Baden, Boxberg-Adelsheim und Emmendingen werden linksliberale Kandidaten nicht aufgestellt; die bereits neu aufgestellten nationalliberalen Kandidaturen in Schwetzingen und Bruchsal sowie die demokratischen Kandidaturen in Rastatt und Wolfach-Triberg bleiben bestehen. Vereinbarungen bezüglich der Stichwahlen in den letztgenannten Bezirken und in mehreren anderen Bezirken sollen nach der Hauptwahl eingeleitet werden. — Die Freisinnigen müssen sich also mit Karlsruhe-West und Lörrach-Stadt begnügen.

Der konfessionellen Verhetzung

beschuldigt uns der „Bad. Beobachter", weil unser Eisenger Korrespondent schrieb, es sei ein köstliches Bild, den konservativen Protestanten inmitten der Vertreter der „alleinseligmachenden Kirche" seine politische Weisheit zapfen zu hören. Der Vorwurf der Konfessionshetze gegen uns ist ebenso dumm als lächerlich. Wir ziehen lediglich die Konsequenz aus der Konfessionshetze des Ultramontanismus. Wenn der Metzer Bischof vor den Mischehen warnt, weil dadurch beim katholischen Ehegespons Abscheu vor der ketzerischen Religion des Protestantismus verloren gehe, so ist das Konfessionshetze und zwar eine geradezu abscheuliche, die dem Christentum des Andersgläubigen direkt ins Gesicht schlägt. In Baden freilich wagt es der Ultramontanismus nach Lage der Dinge für gemäßig, auch in religiösen Dingen eine Maske zu tragen. Hier will man mit den protestantischen Konservativen die „gemeinsame christliche Weltanschauung" fördern. Wir haben schon früher betont, daß es sich bei diesem Geschrei um eine widerliche Heuchelei handelt. Wie der unverfälschte demaskierte Ultramontanismus über den Protestantismus denkt, ist bekannt. Zum Ueberfluß sorgen hin und wieder die Herren Bischöfe dafür, die Wahrheit nicht in ihr Gegenteil umgelogen werden kann. So hat jetzt der Bischof von Malta in seinem Fastenhirtenbrief als die Hauptursache des Unglaubens in Sizilien und Kalabrien den Unglauben die protestantische Ketzerei bezeichnet. Er verbietet bei Strafe der größeren Exkommunikation Zuneigung zu irgend einer „ketzerischen Sekte", das Wohnen bei nichtkatholischen Zeremonien und bei Gottesdiensten, Predigten oder Vorträgen in ketzerischen Kirchen oder Betsälen, selbst das Anschauen der gedruckten Ankündigungen oder Einladungen zu diesen Gottesdiensten und Versammlungen! U. a. heißt es in diesem echt ultramontanen Hirtenbrief:

„Eine schwere Sünde ist es, selbst aus bloßer Neugier die protestantischen Kirchen und Betsäle zu besuchen, des Gottesdienstes zu betreten, im evangelischen Gotteshause gegen Entgeld zu singen oder zu spielen und Druck evangelischer Bücher oder Zeitschriften zu arbeiten, für den untergeordneten Arbeiter und selbst bei Gefahr des Verlustes der Stellung! Todsünde ist es für Architekten, Baumeister, Unternehmer, am Bau oder an der Ausstattung einer evangelischen Kirche mitzuarbeiten. Todsünde es für die Eltern, ihre Kinder in evangelische Schulen zu schicken."

Das ist zwar heller Blödsinn, über den man

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

88 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Marie bat mich inständig — so erzählte Mutter Clausen weiter —, zu bleiben; aber ich kehrte mich nicht daran. Schnell hatte ich ein paar Kleider übergeworfen; ich war fest entschlossen, sie nicht eher fort zu lassen, bis ich mich überzeugt hatte, daß sie wußte, was sie tat. Ich fürchtete noch immer, sie wolle sich das Leben nehmen.

Als sie sah, daß ich von meinem Vorsatz nicht abzubringen war, half sie mir, mich vollends ankleiden und sagte: So, kommen Sie, Mutter Clausen; er sieht dann doch, daß ich auch hier nicht ganz verlassen gewesen.

Wir gingen, uns an den Händen haltend, auf den Zehen durch die Korridore, dann die Treppe hinab, die aus dem alten Schlosse in den Garten führt. Es hatte aufgehört zu regnen, und der Mond schien auf Augenblicke durch die schwarzen, treibenden Wolken. Ich hatte noch immer Mariens Hand in der meinigen; sie eilte, mich mit sich ziehend, durch die wohlbekannten Wege. Als wir vor einer Bank vorüberkamen in einem der dichteren Baumgänge, wo ich sie oft mit Harald hatte sitzen sehen, blieb sie einen Augenblick stehen, und ich fühlte, wie ihre Hand zuckte. Aber sogleich raffte sie sich wieder auf: Nein, nein, murmelte sie, er hat Recht; Harald hat mich nie geliebt und darum darf ich auch nicht länger bleiben.

Wir gingen aus dem Garten in den Hof, aus dem Hof durch das große Tor in den Wald hinein, die Straße nach Berkow. Als wir ein paar hundert Schritte gegangen waren, kam uns ein Mann entgegen. Er ist es; sagte Marie; Sie müssen mich jetzt verlassen, Mutter Clausen; ich habe ihm versprochen, allein zu kommen und keinem zu sagen, daß ich fortgehe. Du hättest das nicht versprechen sollen, Kind, sagte ich; ich glaube, ich habe das Recht, zu wissen, wo du bleibst. —

Unterdessen war der Mann herangekommen. Bist dus, Marie? sagte er; warum kommst du nicht allein? — Weil ich sie nicht losgelassen habe; sagte ich, und sie auch nicht loslassen will, bis ich weiß, wo sie bleibt. — In Gottes Hut, und unter dem Schutz eines Freundes; sagte der Mann. Das klang so treu und gut, daß all meine Angst und Sorge in einem Augenblick verschwunden war.

Der Mond trat aus den Wolken hervor und ich konnte den Mann, der jetzt neben uns herging, etwas deutlicher sehen. Er war klein und nicht mehr jung; und hatte eine Brille auf der Habichtsnase, wie der Jude von gestern Morgen. Er hatte einen langen Ueberrock an und als der Wind denselben auseinander wehte, sah ich beim Schein des Mondes den Lauf einer Pistole blinken, die in einem Gürtel steckte, den um den Leib geschnallt trug.

Einige Schritte weiter hielt eine mit zwei Pferden bespannte Kutsche. Es ist die höchste Zeit; sagte der Mann auf dem Bocke. Er sprach plattdeutsch, und mir war, als ob ich die Stimme kannte. Schnell, schnell, sagte der kleine Mann mit der Brille und drängte Marie nach dem herabgelassenen Wagentritt. Adieu, Adieu, schluchzte Marie, mich noch einmal umarmend, und als ihr Kopf für einen Augenblick auf meiner Schulter lag, flüsterte sie mir ins Ohr: Sagen Sie ihm, daß ich ihm alles, alles vergeben habe! Schnell, schnell, Marie; rief der Mann und stampfte ungeduldig mit dem Fuß. Er hing ihr einen Mantel um und half ihr in den Wagen; dann wandte er sich zu mir: Wenn Sie das unglückliche Mädchen wirklich so lieb haben, sagte er, schweigen Sie zweimal vierundzwanzig Stunden. Ich bin freilich auf alles gefaßt, aber ich möchte um Mariens Willen gern, daß es ohne diese hier abginge. Er schlug mit der Hand an die Pistole. — Verlassen Sie sich auf mich, sagte ich, und ich will mich auf Sie verlassen. — Tun Sie das, sagte er, es sind ja nicht alle Menschen Schurken.

Er sprang in den Wagen und schlug die Türe zu. Die Pferde zogen im Galopp an und schon nach wenigen Minuten hörte ich nur noch das Sausen des Windes in den Tannen.

Ich ging langsam auf das Schloß zurück und gelangte auf mein Zimmer, ohne von jemand gesehen zu werden. Ich schloß hinter mir ab; dann warf ich mich auf das Bett und weinte, als ob mir ein liebes Kind gestorben wäre, und doch war ich glücklich und dankte Gott, daß er sich des armen Kindes erbarmt und sie aus dieser Pein erlöst hatte.

Als ich am andern Morgen erwachte, stand die Sonne schon hoch am Himmel. Es war ein heller, kühler Tag und Harald ging mit seinen Gästen auf die Jagd. Ich war froh darüber; so konnte ihm doch Mariens Flucht erst zum Abend wenigstens verschwiegen werden. Den andern Tag freilich mußte ich schon gegen Mittag sagen, daß Fräulein Marie nirgends zu finden sei und ob sie sie nicht gesehen hätten? Die waren nicht wenig erschrocken, denn keiner, der das sanfte, schöne Mädchen nicht gern gehabt hätte. Sie durchsuchten das Haus, die umliegende Gegend, den Wald bis zum Strande und selbst den Wald; denn daß sich die Aermste das Leben genommen hatte, darüber waren sie alle einig.

Spät am Abend kam Harald zurück. Er war müde. Als er in das Haus trat, sah er auf den ersten Blick in den verstörten Gesichtern der Leute, daß etwas vorgefallen sein müsse. Sein böses Gewissen sagte ihm gleich: Ist sie tot? fragte er und wurde weiß wie Kalk. Wir wissen es nicht, Herr, sagte der alte Jochen; wir haben den ganzen Tag gesucht, aber haben sie noch nicht gefunden.

Er ging, ohne ein Wort zu erwidern, an den Leuten vorbei nach seinem Zimmer. Als er in der Tür war, drehte er sich um und winkte mir, ihm zu folgen.

Er schritt in dem Gemach auf und ab, endlich blieb er vor mir stehen und sagte mit dumpfer Stimme: Hat Marie je gesagt, sie wolle sich das Leben nehmen? — Ja, sagte ich. War sie in der letzten Zeit besonders traurig? — Ja. —

Wieder ging er im Zimmer hin und her, mit unmäßigen Schritten und unverständliche Worte zwischen den Zähne murmelnd. Dann blieb er abermals vor mir stehen. Und wenn sie sich das Leben genommen hätte, so bin ich ihr Mörder, murmelte er. — Wer sonst? antwortete

möchte. Allein in diesem Blödsinn steckt Methode, er ist die Konsequenz der wirklich ultramontanen Auffassung über den Protestantismus. Um solche Auffassungen zu finden, braucht man nicht erst nach Italien zu reisen, auch in Deutschland ist sie noch überall dort zu finden, wo der Klerikalismus nicht nötig hat, gegenüber dem Protestantismus eine Maske aufzusetzen. In Baden freilich dürfte kein Bischof es wagen, so haarsträubenden Blödsinn als christliche Heilswahrheit zu verzapfen, denn es könnte sich ihm und der Kirche bitter rächen. Aber schon drüben in Lothringen legt man die Maske ab und predigt den Abscheu vor dem Protestantismus. In Baden aber werden Zentrumswähler aufgefordert, für einen protestantischen Geistlichen zu stimmen, der sogar Mitglied des verruchten evangelischen Bundes ist. Nicht weil wir Konfessionshetze treiben — das tun wir Sozialdemokraten prinzipiell nicht —, sondern um die abgrundtiefe Unehrlichkeit der klerikalen Politik zu kennzeichnen, machen wir auf diese Dinge aufmerksam. Wir wollen damit den Schwindel bloßlegen, der dem badischen Volke mit der Parole: „Auf zum Schutze der gemeinsamen christlichen Weltanschauung" vorgemacht wird.

Nicht gelogen, sondern nur leichtfertig verdächtigt.

Der „Bad. Beobachter" muß zugeben, daß seine Behauptung, Genosse Kolb habe sich in einem Entrefilet zu einem Landtagsbericht selbst gelobt, der Wahrheit nicht entspricht. Aber gelogen will der „Beobachter" nicht haben, es sei ihm nur ein Irrtum unterlaufen. Wenn dem so ist, dann verdächtigt der „Bad. Beobachter" politische Gegner in geradezu skandalös leichtfertiger Weise. So gut er jetzt nachträglich sich von der Unrichtigkeit seiner Behauptung in seinem eigenen Faszikel überzeugte, konnte er es auch, bevor er seine Verdächtigung schrieb. Um sich einigermaßen zu solvieren und die Wirkung der auf einem „Irrtum" beruhenden Verdächtigung nicht ganz abzuschwächen, druckt der „Beobachter" noch einmal die boshafte Notiz der „Leipz. Volksztg." ab, die Kolb aus Anlaß des an sich harmlosen Vorfalles seinerzeit zum „blamagengekrönten Feldherrn" stempelte. Der „Beob." bezeugt damit nur, wie schlecht es um die Sache bestellt ist, die er mit solchen Mittelchen verteidigen muß. Die Redaktionen aller nichtultramontanen Blätter haben sich zwar — und dagegen ist nichts zu erinnern — seinerzeit über das Malheur Kolbs lustig gemacht, waren aber anständig genug, es damit auf sich bewenden zu lassen. Nur die Waldmichelpresse, allen voran der „Bad. Beobachter", bringt es fertig, diese Geschichte immer wieder und zwar stets mit Entstellungen und Unwahrheiten gespickt ihren Lesern zu servieren. Gegen Kolb ist der Zentrumspresse nachgerade kein Mittel zu schlecht, wenn damit nur der beabsichtigte Zweck erreicht wird. Ob das der Fall ist, möchten wir aber doch bezweifeln. Manchmal erzielt man mit einer solch perfiden Hetze auch das Gegenteil von dem, was damit beabsichtigt ist.

Das hat den Nationalliberalen gerade noch gefehlt.

Aus Freiburg wird uns geschrieben: Halb ziehts ihn hin, halb sinkt er hin, nämlich der Chefredakteur der „Breisgauer Zeitung" in das Lager der Klerikal-Konservativen. In der Nummer vom 12. April druckt er einen Artikel ab, in welchem darüber geklagt wird, daß der Mittelstand nicht den ihm gebührenden Einfluß habe. Natürlich stimmt die Redaktion zu und ruft den Nationalliberalen zu, sich mehr als bisher um den Mittelstand zu kümmern. Man müsse (wahrscheinlich der größeren Einheit wegen) in den liberalen Vereinen Mittelstandsektionen gründen, Mittelständler müßten in die Parteileitung. „Weg mit allen sozialistischen Tendenzen in der Partei", heißt es an anderer Stelle und der Schluß des Artikels zeigt, daß die Redaktion der „Breisgauerin" sozialpolitisch auch schon auf dem Boden der Zentrumspartei angelangt ist. Beschränkung der Arbeiterschutzgesetze und der gesamten Sozialgesetzgebung auf die Industrie. Wenn man die Gesetze noch auf das Handwerk ausdehnt, dann wird Vernunft Unsinn und Wohltat Plage, denn, sagt die „Breisgauerin": „es liegt im Interesse der Arbeiter, daß es den Arbeitgebern gut geht". Aus all dem Phrasengeklingel hört man nichts so deutlich heraus, als die Unkenntnis in sozialpolitischen Fragen und die Angst vor dem katholischen und evangelischen Zentrum.

Ein solcher Propagandist für die Landtagswahlen hat den Nationalliberalen gerade noch gefehlt, speziell in der Stadt Freiburg.

Förderung des Tabakbaues. Die Landwirtschaftskammer hat vorige Woche in Kehl eine Besprechung über Maßnahmen zur Förderung des Tabakbaues durch Verbesserung des Samenbaues abgehalten. Auf Grund des Ergebnisses dieser Versammlung wird die Landwirtschafskammer in einigen bedeutenden Tabakbauorten der verschiedensten Gegenden des Landes Saatbaustellen für Tabak errichten. Sie hat zu diesem Zweck einige Tabakpflanzer gewonnen, welche sich verpflichten wollen, unter Beobachtung gewisser Vorschriften für den Anbau und die Samengewinnung Tabaksamenbau bestimmter Sorten zu treiben. Die Kontrolle des Anbaues soll die großh. Saatzuchtanstalt gemeinschaftlich mit der Landwirtschaftskammer übernehmen. Letztere wird wie für die übrigen Saatbaustellen auch für den Tabaksamenvertrieb eine Saatvermittlung einrichten, durch welche die Landwirte zukünftig sortenechten und sortenreinen Tabaksamen beziehen können. Zunächst sollen acht solche Tabaksaatbaustellen geschaffen werden.

Vertragsbrüchige Arbeitgeber.

Wenn es sich darum handelt, den Arbeitern die rechtliche Stellung bei Vertragsabschlüssen streitig zu machen, dann hört man sehr oft, daß die Arbeiter von den Herren Arbeitgebern des Vertragsbruches beschuldigt werden, ohne daß für diese Anschuldigungen auch nur der kleinste Beweis erbracht werden kann. In den Reihen der organisierten Arbeiterschaft ist in Bezug auf die Einhaltung von Verträgen eine solche Disziplin vorhanden, daß Vertragsbruch nur verschwindend und dann nur vereinzelt vorkommen kann; wenn letzteres einmal der Fall ist, dann werden die Betreffenden rücksichtslos von der Organisation zur Verantwortung gezogen. Anders liegen die Dinge in den Reihen der Arbeitgeber; dort wird der Vertragsbruch geradezu organisiert.

In **Bruchsal** wurde im Jahre 1907 zwischen dem Zentralverband der Maurer und den dortigen Bauunternehmern nach einem 14tägigen Streik ein Vertrag mit einer Giltigkeitsdauer bis zum **31. März 1910** abgeschlossen. Ausdrücklich ist in diesem Vertrag festgelegt, daß die Kündigung nur ein Vierteljahr vor dem obengenannten Termin, also am **31. Dezember 1909**, erfolgen kann, andernfalls dieser ein weiteres Jahr giltig ist. Dieser Vertrag ist von folgenden Herren Arbeitgebern unterschrieben: Hermann Schmitt, Gustav Beismann, Josef Münch, Wendelin Heim, Leonhard Brückel, Wilhelm Schweikert und Emil Lakus. Für alle diese Herren hat der Unternehmer Gustav Beismann in folgendem Schreiben am **31. Dezember 1908** den Vertragsbruch angekündigt. Das Schreiben lautet:

Bruchsal, den 31. Dezember 1908.

Herrn August Philipp, Karlsruhe.

Einschreiben.

Da der Geschäftsgang im Laufe dieses Jahres ein sehr geringer war und auch für das nächste Jahr noch schlechter zu werden scheint, kündige ich im Namen der hiesigen Bauunternehmer den am 22. April 1907 abgeschlossenen Arbeitsvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und zwar dahin, daß wir den Stundenlohn für das Jahr 1909 nicht mit 50 Pf. bezahlen können, sondern je nach den Arbeitsverhältnissen. Dies zur gefälligen Kenntnisnahme.

Im Auftrag der Bauunternehmer Bruchsals:

Gustav Beismann, Maurermeister.

Jedem denkenden Menschen wird es klar sein, daß die Bruchsaler Herren kein Recht hatten, den Vertrag ein Jahr früher zu kündigen als wie vereinbart; dies wäre nur dann angängig gewesen, wenn die Organisation der Maurer mit einverstanden war. Daß Letzteres nicht der Fall, ist den Herren deutlich in einem Schreiben am 8. Januar mitgeteilt worden. Eine Antwort erfolgte aber nicht, weshalb die Verbandsleitung der Meinung war, die Herren in Bruchsal hätten Vernunft angenommen und ihre Kündigung als nicht geschehen betrachtet. Diese Annahme war eine irrige; die Herren haben vollständig vergessen, daß sie selbst den Vertrag unterschrieben haben, wonach sie in diesem Jahre einen Stundenlohn von 50 Pf. zu zahlen verpflichtet sind. Mit 45 Pf. pro Stunde werden die beschäftigten Maurer abgespeist und derjenige, der sich dagegen auflehnt, der fliegt.

Das ist die so sehr von den Arbeitgebern in den höchsten Tönen gesungene Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wenn die organisierten Maurer in Bruchsal der Meinung waren, daß sie es in Bruchsal mit Ehrenmännern zu tun haben, die es als ihre Ehrenpflicht betrachten, einen einmal abgeschlossenen Vertrag hochzuhalten, so haben sie sich aber bitter getäuscht. In unserm Zweigvereinsgebiet ist seit Bestehen der Organisation kein Fall zu verzeichnen, in welchem die Arbeitgeber eine solche Rücksichtslosigkeit an den Tag gelegt haben, als es gerade bei den Herren in Bruchsal zu verzeichnen ist. Wochenlang waren die Maurer im vergangenen Sommer, monatelang im letzten Winter arbeitslos, trotz alledem lassen sich die Bruchsaler Arbeitgeber zu einem Vertragsbruch schändlichster Art hinreißen. Und warum? Aus reiner Profitgier. Hauptsächlich im Bruchsaler Gebiet gibt es heute noch eine sehr große Anzahl von Maurer, die ihren Arbeitgeber gewissermaßen als Herrgott betrachten, wenn diesen durch den Vertragsbruch die Augen noch nicht aufgehen, dann müssen wir leider annehmen, daß die Versumpfung bei den Maurern im Bruchsaler Gebiet so gewaltig ist, daß sie überhaupt gefühllos der Ausbeutung von seiten ihrer vertragsbrüchigen Arbeitgeber in Bruchsal gegenüberstehen. Arbeit ist in Bruchsal zurzeit wenig vorhanden, durch Ausstand können diesmal die Herren nicht zur Vernunft gebracht werden, wir müssen also unser Recht beim Gewerbegericht suchen. Aber das sei den Herren mit auf den Weg gegeben, daß wir es uns für die Zukunft sehr überlegen, noch einmal einen Vertrag mit ihnen abzuschließen, denn mit Leuten, die es vergessen haben, daß einmal abgeschlossene Verträge auch hoch zu halten sind, noch einmal in ein Vertragsverhältnis einzutreten, dazu fehlt nunmehr bei den Maurern das nötige Zutrauen. Die Herren in Bruchsal können versichert sein, daß der Zentral-Verband der Maurer Deutschlands auch andere Mittel und Wege hat, den Mitgliedern zu ihrem Recht zu verhelfen und sollte keine Woche im Baugewerbe in Bruchsal Ruhe herrschen.

Den Maurern aber sei gesagt, daß auch sie einen Teil daran schuld tragen, daß es in Bruchsal so weit kommen konnte, denn nur ihrer Interessenlosigkeit den Bestrebungen innerhalb der Organisation gegenüber ist es zu verdanken, daß sie von den arbeiterfreundlichen Unternehmen in Bruchsal so zuvorkommend behandelt werden. In nächster Zeit finden im Bruchsaler Bezirk Versammlungen statt, die sich mit der Angelegenheit des Vertragsbruches zu beschäftigen haben; wir wollen hoffen, daß sich die Maurer vollzählig einfinden, um den vertragsbrüchigen Herren den Beweis zu erbringen, daß dieser Vertragsbruch nicht ruhig eingesteckt wird.

Die Bezirksleitung der organ. Maurer Karlsruhe:
August Philipp.

Gewerkschaftliches.

Aus Langensteinbach schreibt man uns: Die Gesellschaft Felten u. Guilleaume-Lahmeyerwerke in Frankfurt a. M., welche in Karlsruhe eine Filiale unterhält, erstellt zurzeit in der Ziegelei in Langensteinbach eine elektrische Licht- und Kraftanlage. Die besten Monteure verdienen dabei einen Stundenlohn von nur 50 Pf.; dazu kommt, daß diese Firma so bescheiden ist, die mit den Elektro-Firmen vereinbarten Montage-Zulagen nicht zu bezahlen.

Es gereicht wahrlich einer so großen Weltfirma, wie die vorbenannte eine sein will, nicht gerade zur besonderen Ehre, sich das sagen lassen zu müssen. Auf diese ungünstigen Verhältnisse ist auch die große Fluktuation der Arbeiter der letzten Zeit zurückzuführen. Um das Maß voll zu machen, mußten die Monteure in der Zeit vom 8. bis 13. April, der Feiertage wegen, **ohne Bezahlung** aussetzen. Die Aktionäre aber werden wieder ihre 5 Millionen Dividende einstecken. Die Monteure hätten die Organisation dringend notwendig.

Kommunalpolitik.

Einführung einer Wertzuwachssteuer. Immer mehr geht man in den einzelnen Kommunen dazu über, den mühelosen Wertzuwachs zu besteuern. Eine von der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Kommission hat die Einführung der Zuwachssteuer in Schöneberg mit überwiegender Majorität beschlossen. Die Annahme der Vorlage durch die Stadtverordnetenversammlung ist gesichert. Der Charlottenburger und der Wilmersdorfer Magistrat sind ebenfalls an die Ausabeitung von Wertzuwachsverordnungen gegangen. In diesen beiden westlichen Nachbarstädten Berlins soll die Zuwachssteuer noch im Laufe dieses Jahres eingeführt werden. In Lichtenberg und auch in einer Anzahl kleinerer Vororte beschäftigt sich der Magistrat gegenwärtig mit der Wertzuwachssteuerfrage. Schon eingeführt haben in Groß-Berlin die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses die Gemeinden Bochagen-Rummelsburg, Friedrichsfelde, Pankow, Reinickendorf, Tegel, Weißensee und Zehlendorf.

In aller Kürze wird demnach von den Städten um Berlin nur Rixdorf ohne Wertzuwachssteuer sein, doch rechnet man dort für den nächsten Etat schon mit den Einnahmen aus dieser Steuer. Nur in Berlin selbst sind bisher leider die Bestrebungen der Anhänger der Wertzuwachssteuer ohne jeden Erfolg geblieben.

Schopfheim, 15. April. Zur Bürgerausschußwahl. Die Zahl der Wahlberechtigten der dritten Klasse beträgt **340**. In der dritten Klasse wählen diejenigen, welche weniger als 20,39 Mk. Umlagen zahlen. Der Kampf in der dritten Klasse wird voraussichtlich ein heftiger. Die Arbeiter, welche sich noch zu den „Liberalen" zählen, sind eifrig daran, uns den Sieg streitig zu machen, da ihre Mandate abgelaufen sind.

Seit die organisierte Arbeiterschaft um ihre Rechte kämpft, ist auch bei den Gegnern das Interesse geweckt worden. Seid unabläßig tätig, stellt euch am Wahltag zur Verfügung, agitiert für unsere Versammlung.

Nußloch, 15. April. Der Ratschreiber Georg Leonhard von hier gelangte wegen Unterschlagung amtlicher Gelder zur Anzeige. — Ebenso hat sich der Buchhalter Rensch vom hiesigen Bürgermeisteramt wiedrholt Diebstähle zu schulden kommen lassen, Rensch, der früher das Lehrerseminar zu Tauberbischofsheim besuchte und von dort verschiedener Unredlichkeiten halber entlassen werden mußte, ist laut „Heidelberger Tageblatt" vorbestraft.

Er zuckte zusammen, als ob ihm ein Messer in die Brust gestoßen wäre. Es kann nicht sein, sagte er mit bleichen Lippen, es wäre zu gräßlich.

Ich wußte, welche Qualen er in diesem Augenblicke ausstand, aber ich wußte auch, daß der stolze Mann sie doch noch lieber dem Tod, als einem andern gönnte und überdies hatte ich zu schweigen versprochen. So blieb ich still und wartete ab, was er beginnen würde.

Er hieß mich klingeln und die Leute hereinrufen. Sie kamen.

Wer von euch zu müde ist, mag zu Bette gehen; sagte er, wer noch weiter mit mir suchen will, soll dafür haben, was er verlangt.

Es meldeten sich alle, nicht des Lohnes wegen, sondern weil doch keiner vor Angst und Aufregung hätte schlafen können.

Er ließ so viel Lichter anzünden, als nur aufzutreiben waren und nun fing das Suchen von neuem an, unten in den Kellern, durch alle Zimmer, Trepp auf, Trepp ab, auf den Böden, bis hinauf auf den Turm, — Harald immer voran, jeden Winkel durchspähend, überall die Augen habend, mit fester Stimme Befehle erteilend, unermüdlich, bis der Morgen kam.

Nun mußten sich die Frauen zu Bett legen, aber von den Männern nahm er, was sich noch auf den Beinen halten konnte. Mit denen durchsuchte er jedes Gebüsch im Garten und den Wallgraben von der Zugbrücke an bis wieder zur Zugbrücke. Es regnete an dem Tage, was nur vom Himmel wollte und die Leute fielen beinahe um vor Müdigkeit, aber Harald gab ihnen — wohl zum ersten Male in seinem Leben — gute Worte und bat und beschwor sie, nicht nachzulassen und versprach ihnen Geld, so viel sie wollten. So hielten sie bis gegen Mittag aus; da konnten sie nicht mehr. Nun nahm Harald die andern, die sich ausgeruht hatten und mit denen ging er auf das Moor von Faschwitz und in den Wald nach Berkow und bis an den Strand.

(Fortsetzung folgt.)

Aus den Witzblättern.

„Jugend".

Glück in der Liebe. Eine heiratslustige Dame annoncierte: „Junge, hübsche Erscheinung, sehr liebevolle, treue, hingebungsvolle, zuverlässige Natur, tüchtig im Hause, wünscht einem Manne ein glückliches, sorgenfreies, gemütliches, schönes und angenehmes Heim voll Sonnenschein und Freude zu bereiten." — — Von 74 Dummköpfen machte sie 73 durch Verschmähung glücklich. Der 74ste aber war auf eine dreimal — — geschiedene Frau mit zusammen 47 Scheidungsgründen (contra) hereingefallen.

*

„Was habt Ihr denn in der Religionsstunde aufbekommen?" fragte ein Vater seinen Kleinen. — „Ach," sagte letzterer, „so 'ne dumme Geschichte, — von den sieben fetten und den sieben mageren Jungfrauen."

*

Die alten Juden haben den Brauch, der Angabe des Lebensalters die Wünschform „zu Gesund" (zur Gesundheit!) anzufügen. Als man Herrn Hirschfeld nach dem Alter seiner Schwiegermutter fragte, antwortete er: „76 Jahr, zu gesund!"

*

Aus einer Münchener Schule. Die Geschichte vom ägyptischen Joseph wird erzählt: Joseph wird ins Gefängnis gebracht; den Mundschenk des Königs trifft dasselbe Schicksal. Auf die Frage: „Warum wurde wohl der Mundschenk eingesperrt?" weiß ein Schüler rasch die Antwort: „Weil er so schlecht eingeschenkt hat."

*

Die Reichsten. „Meine Eltern sind so vermögend, daß sie sich Pferde und Wagen halten können!" — „Das ist schon was Rechtes! Meine haben 'n ganz großes Automobil!" — „Ach, Pferde, Autos! Wir sind so reich, daß wir ohne jede üble Nachrede zu Fuß geh'n können!"

*

Zur neuen Mode. Wo ist denn der Fußabstreifer hingekommen? — Die Gnädige hat ihn gebraucht zum — Sommerhut. —

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus der Partei.

Teutschneureuth, 15. April. Am Sonntag, 18. ds. Mts., nachmittags ½5 Uhr, findet im Gasthaus zum „Lamm" hier (oberer Saal) eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Gen. Ad. Geck über die Reichsfinanzreform sprechen wird. In Anbetracht der wichtigen Ereignisse im Reichstag während dieser Reichstagsperiode sollte jedermann die Versammlung besuchen. Die Bekanntgabe findet noch extra durch Handzettel statt, welche heute Abend 8 Uhr zur Austragung gelangen. Wir ersuchen unsere Parteigenossen, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

Waldkirch, 13. April. Am Ostermontag wurde unser Genosse Josef Maier zu Grabe getragen. Eine Proletarierkrankheit hat den erst 48jährigen Mann seiner Familie und uns entrissen. In ihm verlieren wir einen unserer Besten; seine freie Zeit widmete er vollständig der Arbeiterbewegung. Er war 9 Jahre lang Vorstand der Mitgliedschaft Waldkirch und hielt unentwegt zur Sache, obwohl er im schwarzen Elztal schwer zu kämpfen hatte. Mit 15 bis 20 Mitglieder hielt er jahrelang Stand und verlor den Mut nicht. Er durfte es aber auch noch erleben, daß der von ihm mit ausgestreute Samen gute Früchte trug. Annähernd 100 Genossen und Gewerkschaftler gaben ihm das letzte Geleite und trafen sich dieselben alsdann in unserm Vereinslokal zum „Schützen", wo Genosse Landtagsabgeordneter Kräuter aus Freiburg, der zur Beerdigung hierherkam, in einer Ansprache des Verstorbenen gedachte. Wir werden dem Genossen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Todtnau, 14. April. Der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft des Wiesentals, welche bei ihren Ausflügen Todtnau berühren, diene zur Nachricht, daß in folgenden Wirtschaften uns das Lokal zu Versammlungen zur Verfügung steht: Gasthaus zum „Lamm"-Schlechtnau, Gasthaus zum „Hirschen"-Brandenberg; in Todtnau: August Kaiser zum „Schwarzwälder Hof", Witwe Bernauer zum „Feldberg" und Johann Thoma zur „Bergmannshalle". Die Genossen sowie Gewerkschaftsmitglieder und besonders die Mitglieder des Arbeiter-Radfahrerbundes sind gebeten, die obengenannten Wirtschaften zu berücksichtigen.

Badische Chronik.

Durlach.

— **Zu dem Unfall bei der Haltestelle der elektrischen Straßenbahn** in Durlach schreibt man uns: Es ist entschieden zu bemängeln, daß bei der Einfahrt der ehemalige Uebergang von der Auerstraße aus von seiten des Bahnpersonals wenig Berücksichtigung findet. Auch während der Mittagspause, wo viele Arbeiter die Auerstraße als Heimweg benützen und in Anbetracht ihrer kurzen Pause zum Teil genötigt sind, bei den bewußten Grenzsteinen abzuspringen, fahren die Wagenführer, wohl wissend, daß den Arbeitern die Zeit kurz bemessen ist, rücksichtslos in vollem Lauf bis zirka 15—20 Meter vor dem Ziel ein; vielleicht um den vielen Abspringenden noch entgegenzuwirken. Dies ist am Schlachthof anders. Dort fährt der Durlacher Wagen schon zirka 100 Meter vor der Haltestelle so langsam, daß man gemütlich nebenhergehen könnte. Warum nicht auch in Durlach? Aus dem einfachen Grunde: **In Durlach ist kein Kontrolleur stationiert**, dagegen am Schlachthof können die Wagen unbemerkt beobachtet werden. Daher sind eben rücksichtslose Einfahrt, unpünktliche Abfahrt bei den ersten Frühzügen u. a. m. sehr häufig; sagt ein Fahrgast zu einem Beamten etwas, so bekommt er oft brutale Antworten: „Sie haben mir nichts zu sagen! Reichen Sie eine Beschwerde bei der Direktion ein!" usw. usw.

Im Interesse vieler Mitfahrenden sollte man darauf hinwirken, daß die Karlsruher Straßenbahn-Direktion einen zuverlässigen Kontrolleur nach Durlach stationiert, damit den vielen Mißständen abgeholfen wird und ein Unglück, wie das jüngste, nicht mehr vorkommt.

Ettlingen.

— **Bürgerausschußwahl. Am Samstag Abend 8 Uhr findet in der Restauration Traut eine öffentliche Versammlung für die Wähler der dritten Klasse statt. Genosse Kolb spricht über Wirtschaftliche und Kultur-Aufgaben der Gemeinden. Auch die hiesigen Rathausverhältnisse werden hierbei entsprechende Würdigung erfahren. Freie Diskussion ist zugesichert und erwarten wir einen zahlreichen Besuch seitens der Wähler.**

— Das **„Geschäftemachen" von Gemeindevertretern**, wie es in der letzten Bürgerausschußsitzung zur Sprache kam, wird auch in den hiesigen Blättern besprochen. Im „Mittelb. Courier" sucht nun ein „Eingesandt" diese Handlungsweise zu beschönigen, mit dem Hinweis, daß auch bei anderen Geschäften die Interessenten zusammenstehen, um die Preise zu drücken. Dies ist zweifellos richtig und gesetzlich wohl auch nicht faßbar. Aber es ist zweifellos ein himmelweiter Unterschied, ob derartige Geschäfte in der Eigenschaft als Geschäftsmann gemacht werden, oder ob sie von jemanden unternommen werden gegen die Gemeinde, der von den Einwohnern dazu gewählt wurde, die Interessen der Gemeinde zu wahren und nicht seine persönlichen. Darin liegt der Schwerpunkt und nicht in der Tat selbst.

Wenn nun auch einer anderen Geschäftsgruppe ähnliche Handlungsweise vorgeworfen wird, so ist dies nur ein Beweis dafür, wie schädlich es ist, eine Stadtgemeinde von Geschäftsleuten regieren zu lassen. Hier zeigt es sich mit erschreckender Deutlichkeit, daß bei diesen Herren das eigene Interesse allen anderen vorangeht. Wie sie das mit ihrem Amte als Gemeindevertreter vereinbaren können, ist uns unerfindlich. Der Umstand, daß es ein Geschäftsmann war, welcher den Mißstand — allerdings nicht ganz so mutig, wie es der „Landsmann" hinstellen möchte, denn es mußte kräftig nachgeschoben werden —, kritisierte und dessen Kaste nun ähnliche Vorwürfe gemacht werden, läßt vermuten, daß der Grund des Vorgehens wo anders wie im Rechtlichkeitsgefühl zu suchen ist.

Es liegt aber in der Hand der Wähler, das Geschäftsleuteregiment auf dem Rathause zu ändern, recht bald sogar. Von den 42 ausscheidenden Bürgerausschußmitgliedern sind „nur" 30 Geschäftsleute. Hier kann also aufgewischt werden, wenn man — denken gelernt hat.

Rastatt.

— **Auf der neu erbauten Strecke Rastatt-Schwarzach** fuhr gestern zum erstenmale ein Materialzug durch die ganze Linie. Dieses Ereignis rief hier allgemeine Freude hervor.

— **Desserteur.** Ein Infanterist des bayer. 23. Infanterie-Regiments, der hierher beurlaubt gewesen war, und nicht mehr zu seinem Truppenteil zurückgekehrt ist, wurde festgenommen.

Baden-Baden.

— **Genosse Braunnagel** ist gestern gestorben. Er war ein treuer Parteigenosse und bekleidete zuletzt den Posten eines Kreiskassierers. Die Beerdigung findet am Sonntag statt.

Offenburg.

— **Für den weiteren Fortgang des Bahnhofneubaues** sind die Anordnungen nunmehr dahin ergangen, daß im Herbst ds. Js. mit dem Abbruch des jetzigen Personenempfangsgebäudes begonnen werden soll. Der Bahnhofwirt hat bereits Weisung erhalten, sich für den August, spätestens September zur Verlegung der Wirtschaftsräumlichkeiten in ein provisorisches Gebäude, gegenüber dem jetzigen, bereit zu halten. Das Provisorium wird auf etwa zwei Jahre geschätzt.

— **Die Volksversammlung**, welche am nächsten Samstag Abend in der „Kopfhalle" stattfindet, muß eine imposante werden, umsomehr, da es nochmals gilt, gegen den Beutezug der bürgerlich-agrarischen Parteien auf die Taschen des arbeitenden Volkes zu protestieren. Der Zentrumsführer Wacker hat in seiner Rede in der „Union" die Steuerfragen mit keiner Silbe erwähnt, jedenfalls um die Schäfchen nicht stutzig zu machen, um sie auch fernerhin als Stimmvieh vor den Zentrumskarren spannen zu können. Es ist deshalb die Aufgabe der Sozialdemokratie, das arbeitende Volk über die Schindluderpolitik dieser „Volkspartei" aufzuklären. Land- und Reichstagsabgeordneter Dr. Frank-Mannheim ist als Redner gewonnen und wird derselbe über „Die politische Lage und die nächsten Landtagswahlen" sprechen.

Genossen, agitiert deshalb in allen Kreisen für einen starken Besuch der Versammlung.

Furtwangen.

— **Die durch Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs nochmals vorzunehmende Bürgerausschußwahl der Klasse der Niedersteuerten** ist nunmehr nach langem Zögern in den hiesigen Lokalblättern ausgeschrieben und findet dieselbe am nächsten Mittwoch, 21. April, von nachmittags 4 Uhr bis abends 8 Uhr statt. Diese kurze Zeit bis zum Termin der Wahl erfordert noch eine große Arbeit und es ist deshalb unbedingte Pflicht der Parteigenossen, die am nächsten Samstag, 17. April, abends punkt 8 Uhr bei Enzmann stattfindenden **Mitgliederversammlung** zu besuchen.

Die neu aufgestellten Kandidaten haben unbedingt zu erscheinen; es darf in diesem Falle kein Parteigenosse sich der Versammlung fernhalten, sondern die Parole muß heißen: „Alle Mann an Bord", damit der Sieg unser wird!

Ersingen, 16. April. Unglücksfall. Gestern Abend begab sich ein Reisender des Zuges 1240, der um 9 Uhr 17 Min. von Pforzheim abgeht und um 10 Uhr 15 Min. in Karlsruhe eintrifft, zwischen Bilfingen und Ersingen auf die Plattform des im vollen Tempo fahrenden Zuges, da er sich übergeben mußte und stürzte dabei aus dem Zuge. Erst in Bilfingen wurde das Fehlen des Reisenden bemerkt und sofort nach Ersingen telegraphische Weisung gegeben, die Strecke abzusuchen. Im Tunnel in Ersingen wurde dann der Unglückliche tot aufgefunden. Es soll ein Weinreisender aus Baden-Baden sein.

Hornberg, 15. April. Der Alkohol. Am Ostersonntag starb im hiesigen Krankenhause ein zugereister Taglöhner Namens Johann Schigert aus Oesterreich an Alkoholvergiftung. Derselbe war tags zuvor in einer hiesigen Wirtschaft überreichlich mit Alkohol regaliert worden. Es ist Untersuchung eingeleitet.

Hornberg, 14. April. Die Wahlen der Beisitzer zu dem neu errichteten Gewerbegericht finden am **kommenden Montag** hier statt. Der Wunsch der hiesigen organisierten Arbeiterschaft nach Errichtung eines Gewerbegerichts geht nun endlich in Erfüllung. Um die Interessenten auf die Bedeutung der Gewerbegerichte und die Bedeutung der Wahlen zu dieser Institution hinzuweisen, hat das Gewerkschaftskartell auf Samstag, 17. ds. Mts., abends halb 9 Uhr eine öffentliche Versammlung einberufen (siehe auch Inserat), in welcher Arbeitersekretär Willi aus Karlsruhe über „Die Bedeutung der Gewerbegerichte und der Gewerbegerichtswahl für die Arbeiterschaft" sprechen wird. Die Versammlung findet in der „Rose" statt.

Arbeiter! sorgt für guten Besuch dieser Versammlung. Es gilt, die Gleichgiltigen mit heranzuziehen und dadurch die Wahl tüchtiger Beisitzer zu sichern. Die Wahl findet am Montag Abend von 6—8 Uhr statt.

Heidelberg, 15. April. Der Seismograph des astrophysikalischen Instituts verzeichnete am 14. April, abends, ein mittelstarkes Fernerdbeben.

Der Pfarrer von Kluftern.

Konstanz, 15. April. Die Strafkammer verurteilte dieser Tage den 43jährigen katholischen Pfarrer Gustav Mühlthaler in Kluftern wegen eines im Jahre 1905 begangenen Verbrechens im Sinne des § 174 Ziff. 1 des R.St.G.B. unter Annahme mildernder Umstände zu acht Monaten Gefängnis. Das erzbischöfliche Ordinariat Freiburg hatte seit etwa 1½ Jahren Kenntnis von den Verfehlungen des Geistlichen; trotzdem beließ man ihn im Amt. Erst als vor einigen Wochen Pfarrer M. eine Beleidigungsklage gegen einen Klufterner Bürger anstrengte kam die Sache zur gerichtlichen Verfolgung.

Der „Badische Beobachter" schreibt zwar in seiner gestrigen Nummer, das sei nicht wahr, daß das Ordinariat davon wußte. Es ist aber damit nicht gesagt, daß es dem so ist, denn der „Badische Beobachter" ist es, der das behauptet. Als wir seinerzeit über die geschlechtlichen Extravaganzen Sr. Hochwürden berichteten, ist er auch über uns hergefallen und meinte, es sei nicht wahr, wir hätten übertrieben usw. Es ist bei den Zentrumsblättern immer „nicht wahr", wenn unangenehme Dinge über die Geistlichen ans Tageslicht kommen und immer ein Verbrechen gegen die „Religion", wenn man etwas darüber schreibt.

Aus Freiburg.

Freiburg, 16. April.

Die auf morgen geplanten Bezirksversammlungen fallen, wie aus dem Vereinsanzeiger ersichtlich ist, aus. Wichtige Angelegenheiten machen eine Mitgliederversammlung notwendig und bitten wir die Genossen dringend, recht zahlreich zu erscheinen. Genosse Engler hält einen Vortrag über Das Steuerwesen in Baden.

Eine Sitzung der Bezirksvertrauensleute findet nächste Woche statt, worauf wir jetzt schon aufmerksam machen.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 16. April.

Voranschlagsberatung im Karlsruher Rathaus.

Am 2. Tag

wurden die Etats der Schulen in der Hauptsache erledigt. Herr Oberbürgermeister Siegrist gab zuvor ein längeres Resumee über die Generaldebatte. Was er dabei über die Sozialdemokratie im Reichstage sagte, wird gelegentlich noch zu erwidern sein.

Bei der Position Volksschule vertrat Genosse Weißmann den sozialdemokratischen Standpunkt in längeren Ausführungen. Die Debatte spann sich lange fort; es nahmen in der Hauptsache Lehrer das Wort.

Die Handelsschule, die Gewerbeschule, die Realschule verursachten ebenfalls kürzere Debatten. Redner für uns waren die Genossen Willi, Schwerdt, Sauer und Rothweiler. Der Zeiger war auf 8 Uhr gerückt, als die Debatte abgebrochen wurde. **Heute werden die Beratungen fortgesetzt.**

Nach Feststellung der Präsenzliste, die 90 Anwesende ergab, befaßte sich der Vorsitzende Herr Oberbürgermeister Siegrist mit den Ausführungen der gestrigen Diskussionsredner. Im allgemeinen kann der Stadtrat mit der Kritik der einzelnen Redner zufrieden sein. Mit Genugtuung ist zu verzeichnen, daß die Stadtverordneten die Höhe der Umlage gutgeheißen haben. Wenn einige Redner meinten, ich hätte gestern zu schwarz gemalt, so bin ich falsch verstanden worden. Ich wollte mit meinen Ausführungen sagen, daß unsere Finanzlage zur Vorsicht mahnt. Wir hatten 1906 bekanntlich 42 Pf. Umlage, 1907 50 Pf. und hätten beim alten Gesetz heute 72 Pf. Der Satz ist nur scheinbar auf 32 Pf. heruntergegangen. Unangenehm ist der Ausfall an Einnahmen, dazu kommen wesentliche Mehrausgaben. Wir haben so sicher wie etwas im nächsten Jahr mit einem ungedeckten Mehraufwand von 300 000 Mk. zu rechnen. Wenn es wider Erwarten anders kommen sollte, können wir uns nur freuen. Sehr wichtig ist für die Stadt, daß wir keine hohe Umlagen haben schon wegen der Industriellen und Privatleute, die sich hier ansiedeln wollen. Jedenfalls steht fest, daß der Liegenschaftsbesitz hier mit am höchsten belastet ist von allen deutschen Städten. Es ist leichter, Steuern zu kritisieren, als neue brauchbare Vorschläge zu machen. Der Stadtv. Dr. Hecht hat nun eine Erhöhung der Schlacht- und Fleischbeschaugebühren angeregt. Daran haben wir auch schon gedacht. Die Gebühren werden wohl erhöht werden. Ueber die Mehreinnahmen ist indessen schon disponiert, da dieselben für den Mehraufwand durch die Vergrößerung des Schlachthauses verwendet werden. Einen Steuervorschlag habe ich gestern nicht erwähnt, weil ich befürchtete, daß derselbe sehr ungnädig aufgenommen werden würde, nämlich — die Biersteuer. Ich fürchte, daß wir da zunächst in Kollision mit unsern Brauinteressenten in der Stadtverwaltung kommen würden. (Heiterkeit.) Ob wir für die Dauer um diese Steuer ganz herumkommen können, möchte ich bezweifeln. Wir müssen den Grundsatz hochhalten, für jede neue Last auch die nötige Deckung schaffen. Was den Wunsch anbelangt, die Gehwege auf die Stadt zu übernehmen, so müßten wir mit einer jährlichen Mehrausgabe von gut 60 000 Mk. rechnen, denn wenn die Stadt etwas machen läßt, so kostet alles doppelt so viel wie für einen andern. Jetzt können wir ein derartiges Geschenk an die Hausbesitzer nicht machen. Die Hausbesitzer sollen doch bedenken, daß sie auch andere Vorteile hier haben, wie es in andern Städten nicht der Fall ist, z. B. Kehrichtabfuhr, Gehweg- und Straßenreinigung auf Kosten der Stadt. Was die Ausführungen des Stadtv. Willi anbelangt, so hat er ganz recht, wenn er sich darüber aufhält, daß die Städte zu wenig Einfluß auf die Gesetzgebung haben. Ich habe mich auch schon öfter bemüht, eine bessere Verbindung mit unserm Reichstagsabgeordneten, der ja der Partei des Stadtv. Willi angehört, herzustellen; es ist mir dies leider nicht gelungen. Ich gebe hier offen zu, daß die Interessen der Städte in unserer Gesetzgebung zu wenig berücksichtigt werden. Das liegt an unserer Reichspolitik und hieran trägt die Sozialdemokratie selbst ein gut Teil Schuld durch ihre Negation, dadurch ist diese weitaus größte Partei Deutschlands zur absoluten Einflußlosigkeit im Reiche verurteilt. Hier in unserm Stadtparlament, das erkenne ich offen an, hat die Sozialdemokratie positiv und sachlich nach besten Kräften mitgearbeitet. Es sollte mich freuen, wenn Willi seinen Einfluß auf seine politischen Freunde dahin geltend machen würde, daß die Sozialdemokratie auch im Reiche in der Weise mitarbeitet, wie hier auf dem Rathaus.

Der Stadtv. Willi hat recht. Der Posten „Polizei" ist für die Städte ein unerquickliches Gebiet. Entweder man schenkt uns das Vertrauen und überläßt uns die Polizei, die wir doch bezahlen müssen, oder der Staat nimmt das Polizeiwesen für sich in Anspruch und trägt auch die Kosten. Was die Kritik anbelangt, die der Stadtv. Willi an dem Lohnwesen der städt. Arbeiter geübt hat, so waren eben Mißgriffe bei dem Uebergang zur neuen Lohnordnung nicht zu vermeiden. Wir haben Erhebungen angestellt darüber, ob es richtig ist, daß sich Arbeiter nach der neuen Lohnordnung schlechter stellen als nach der alten. Das ist natürlich nicht beabsichtigt. Eventuell werden wir den Benachteiligten einen Ausgleichlohn als Zulage gewähren. Auch für die Arbeiterverhältnisse im Stadtgarten haben wir eine Untersuchung angestellt. Wenn behauptet wird, der Stadtgartendirektor würde aus lauter Bosheit den Anforderungen der Arbeiter nicht gerecht werden, so meine ich, Herr Ries könnte eher ein Liedchen singen darüber, was er bei seinem etwas gereizten Temperament mit den Stadtgartenarbeitern durchzumachen hat. Man soll doch nicht vergessen, daß es sich hier vielfach um Arbeiter handelt, die nicht als vollwertig gerechnet werden können. Auffallenderweise hat sich aber keiner dieser Leute bei uns beschwert. Auch betreffs der Diensteinteilung bei der Straßenbahn schweben Erhebungen. Wir sind um Abhilfe bemüht, wo es nötig ist. Im allgemeinen können die Straßenbahner sich nicht beschweren, dieselben sind hier besser gestellt wie in andern Städten.

Was die **Eingemeindungsfrage** anbelangt, so läßt sich dieselbe nicht prinzipiell behandeln, sondern nur von Fall zu Fall; wenn wir meinen, daß wir Vorteil davon haben, so nehmen wir Eingemeindungen gerne vor, wenn nicht, lassen wir es bleiben.

Schließlich will ich noch auf eine Sache zurückkommen, auf die vielumstrittenen **städtischen Maskenbälle**. Dieselben sind vor zirka 30 Jahren als sogen. „städtische Maskenfeste" eingerichtet

worden. Und daß diese Maskenbälle einem öffentlichen Bedürfnis entsprechen, geht daraus hervor, daß dieselben in allen Kreisen der Bevölkerung sich allgemeiner Beliebtheit erfreuen. Die Angriffe, die die Herren Geistlichen gegen die Stadt dieserhalb richteten, sind bekannt. Es wurde von jener Seite behauptet, dieselben seien der Stadt unwürdig. Nun, ich habe selbst einen Maskenball besucht, um mich davon zu überzeugen, ob das richtig ist und ich kann nicht sagen, daß dieselben einen „unwürdigen" Verlauf nehmen. Die Geistlichen wurden um Beweise angegangen dafür, daß Ungehöriges auf diesen Bällen vorkommt. Sie haben erwidert, daß sie direkte Beweise dafür nicht hätten. Ich muß sagen, ich habe mich gewundert, darüber, daß die Herren Geistlichen keine andere Form gefunden haben, um ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen. Die Herren stehen im öffentlichen Amt und es ist doch bei uns nicht der Brauch, daß sich öffentliche Behörden gegenseitig in der Zeitung herunterreißen. Ich kann daher das Vorgehen der Herren Geistlichen nur bedauern. (Beifall.)

Der Vorsitzende gibt alsdann bekannt, daß ein Antrag des Stadtv. Willi u. Gen. eingelaufen sei, die elektrische Bahn nach dem Vorort Rintheim sobald wie möglich einzurichten. Der Antrag wird zu den Akten genommen und soll tunlichste Berücksichtigung finden.

Spezialdebatte.

Namens der Budgetkommission berichtet alsdann Stadtv. Bergmann über den Voranschlag der **städtischen Volksschule** und empfahl denselben zur Annahme.

Stadtv. **Weißmann:** Das Gebiet der Volksschule liegt uns besonders am Herzen. Leider ist der Leiter unserer städtischen Schulen, der Herr Stadtschulrat nicht anwesend. Er sollte uns ebenso wie die anderen Ressortchefs Rede und Antwort stehen.

Oberbürgermeister **Siegrist:** Wenn ich hierauf gleich erwidern darf, so möchte ich feststellen, daß der Herr Stadtschulrat kein städtischer Beamter ist und daher zur Teilnahme an den Bürgerausschußsitzungen weder verpflichtet noch berechtigt ist.

Stadtv. **Weißmann** fortfahrend: Wenn auch dem so ist, so meine ich doch, es könnte nichts schaden, wenn sich der Stadtschulrat über unsere hier vorgebrachten Wünsche orientiert. Zur Sache selbst bemerke ich, daß uns unser städtisches Schulwesen im allgemeinen befriedigt. Aber das Bessere ist der Feind des Guten und von dem Standpunkt aus müssen wir ständig Verbesserungen anstreben. Uns fehlt zunächst eine zweckmäßige Einheitsschule. Hervorragende Pädagogen sind derselben Meinung. In den unteren Klassen sollte man es vermeiden, die Kinder sozial zu trennen, es ist genug, wenn das im späteren Leben gründlich geschieht. Zum Lehrplan unserer Volksschule sollte angestrebt werden, den Religionsunterricht zu entfernen und die dafür freiwerdende Zeit für nützliche Dinge zu verwenden. Die Schulverwaltung würde sich damit den Dank weiter Kreise der Bevölkerung sichern. Das Lehrbuch, welches den Kindern der Volksschule in die Hand gegeben wird, entspricht nicht mehr unserer heutigen Zeit. In den letzten zwei Schuljahren sollten wir den fremdsprachlichen Unterricht, wenigstens englisch, einführen. Erfreulich ist es, daß die Lokation abgeschafft ist. Wir sollten da nicht auf halbem Wege stehen bleiben und auch die innere Lokation in den Klassen ganz aufheben. Zur Schulspeisung. Man sagt, man könne dieselbe nicht einrichten, es sei kein geeignetes Lokal dafür vorhanden. Aber ich meine, das kann kein Grund zur Verschiebung dieser wichtigen Sache sein. Bei einigermaßen gutem Willen müßte ein Lokal zu finden sein. Bis zum nächsten Winter sollten wir unbedingt so weit sein, um der Frage näher zu treten. Herr Dr. Hecht hat diese Angelegenheit gestern auch berührt und meinte ganz richtig, für die Schulspeisung könne Fettmilch in Betracht kommen. Ich meine, das ist selbstverständlich, denn unsere sogen. „Fettmilch" ist ohnehin schon so mager, daß man nicht zu Magermilch zu greifen braucht. Die Konduitenliste der Lehrer, die als „schwarzes Buch" wirkt, sollte abgeschafft werden, denn dieselbe gereicht der Schulverwaltung nicht zur Ehre. Wir haben im allgemeinen zu viel Bureaukratie in der Karlsruher Schulverwaltung. Unser gesamter Verwaltungsapparat ist viel zu teuer, wir haben allein 45 000 Mk. dafür auszugeben. Man sollte mit den Verwaltungsarbeiten Bureauangestellte beschäftigen und keine Lehrer. Diese würden die Arbeit billiger und besser leisten. Im allgemeinen müssen wir unser Urteil über den Stadtschulrat dahin zusammenfassen, er ist zu viel Bureaukrat und zu wenig Pädagog. Es handelt sich um tausende von Kindern, die wir der Schule anvertrauen und da ist das Beste gerade gut genug. Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkte: der Lehrerstand soll der erste Stand sein und nicht der Wehrstand. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. **Fink** meinte, Weißmann habe in vielen Stücken recht. Unsere Volksschule leistet nicht das, was sie leisten soll. Auch mit seiner Kritik über unsern Stadtschulrat hat Weißmann recht. Demselben fehlen die großen Gesichtspunkte, die für ein solches Amt nötig sind. Unsere Bürgerschule sollte aufgehoben werden. Dieselbe ist nur eine Dressuranstalt für minderbefähigte Schüler.

Auch bezüglich der Einheitsschule hat Weißmann recht. Wir sollten, wie in Mannheim, sogen. Förderklassen einführen. — Stadtv. **Gaugel** betont, daß für die Oststadt ein neues Schulhaus dringendes Bedürfnis ist. Dem Bürgerausschuß sollte so schnell wie möglich eine Vorlage gemacht werden. — Stadtv. **Frey** meinte, seine Partei sei mindestens ebenso schulfreundlich, wie die Sozialdemokratie. Man sollte Turnstunden nicht ausfallen lassen. — Stadtv. **Bergmann** gibt Fink Recht; die Bürgerschule sollte abgeschafft werden. — Stadtv. **Stählin** ist gegen die Aufhebung der Bürgerschule. Bei der Schulspeisung sei die Milchfrage eine rein finanzielle Frage, denn Magermilch koste 8 Pf. und Vollmilch 20 Pf. pro Liter. — Stadtv. **Bock** spricht sich für das Prinzip aus, die Kosten für Schulbauten stets aus Anleihemitteln zu bestreiten.

Oberbürgermeister **Siegrist** ist gegen die Einheitsschule. Man würde damit einen unerträglichen Zwang auf die Bürger ausüben. Er meinte ferner, die Lehrer sollten doch nicht jedes Jahr hier im Bürgerausschuß derart kleinliche Dinge wie Lokation usw. zum Vortrag bringen. Der Bürgerausschuß kann sich doch mit solchen Sachen nicht beschäftigen. Die Lehrer haben keine Veranlassung mehr, sich zu beschweren. Sie haben pro Woche 30 Stunden Unterrichtszeit, dazu die vielen Feiertage und Ferien. Wer von den Beamten und Geschäftsleuten könne sich eine solche Arbeitszeit leisten?

Stadtrat **Kolb** nahm Veranlassung, der Auffassung des Oberbürgermeisters über die Einheitsschule entgegenzutreten. Die soziale Abstufung der Schüler in der Schule entspricht nicht den Anforderungen der Bürger. Wenn unsere Volksschule besser wäre, würden eben die Leute ihre Kinder gern in dieselbe schicken. Andere Staaten wie Schweiz und Dänemark sind uns da voraus.

Stadtv. **Heimburger** nimmt die Lehrer gegen die Ausführungen des Oberbürgermeisters in Schutz. Mit den 30 Lehrstunden sei die Arbeit des Lehrers lange nicht erschöpft. Der Beruf des Lehrers sei viel anstrengender und aufreibender, als der eines Bureaukraten, der nur mit seinem Aktenbündel zu tun habe. — Oberbürgermeister Siegrist weist demgegenüber darauf hin, daß wir zwei Lehrer in der Schulverwaltung auf dem Bureau sitzen haben. Diese seien vor kurzem an die Stadt mit der Forderung einer Extragehaltszulage und mehr Ferien herangetreten mit dem Hinweis, daß die Bureauarbeit viel anstrengender sei, wie das Schulhalten, und die müssen es doch wissen.

Bei der Position **Handelsschule** wird die Frage des Ganztagsunterrichts aufgestellt. Bürgermeister Dr. Paul erklärt, daß sich das Landesgewerbeamt am 27. ds. Mts. mit der Sache befassen werde. An der Debatte beteiligen sich die Stadtverordneten Bergmann, Ettlinger, Fink, Willi, Frey, Müller und Stehlin. Willi bemerkt, daß der Ganztagsunterricht auch seine Nachteile habe. Vor allem muß die Lehrzeit auf 2 Jahr heruntergesetzt werden, sonst ist die Belastung der Eltern zu groß. Vorbedingung wäre die Aufhebung des Schulgelds für die Handelsschule. Müller machte u. a. darauf aufmerksam, daß jene, welche das Einjährige besitzen, nur zwei Jahre zu lernen brauchen.

Bei der **Gewerbeschule** legt den Standpunkt der sozialdem. Fraktion Gen. Schwerdt dar. Er fordert Aufhebung des Schulgeldes; wenn der Betrag von 6 Mark auch nicht hoch sei, so bedeute es doch für die Eltern, welche mehrere Kinder haben, eine Belastung. Dem chronischen Lehrermangel muß abgeholfen werden; es ist vorgekommen, daß in einer Fachschule einmal ein volles Vierteljahr kein Unterricht stattfand, weil kein Lehrer da war. Schwerdt legt alsdann großen Nachdruck darauf, daß der Stadtrat einer etwaigen Eingabe der Handwerksmeister den Gewerbeschulunterricht auf den Abend zu verlegen, nicht Folge gebe. Der Bau einer Gewerbeschule wird von uns unterstützt.

Mehrere Handwerksmeister, die darnach das Wort nehmen, wie Drinneberg, Häusser und Stöckle, bestreiten entschieden, daß die Handwerksmeister wegen Verlegung des Tagesunterrichts auf den Abend eine Eingabe planen. Sie selbst billigten eine solche Eingabe nicht. In die Debatte fiel auch noch das Verlangen der Stadtvv. Dr. Hecht u. Häusser, eine Fachschule für Blechner und Installateure zu errichten. Dies gab dem Gen. Sauer Veranlassung, zu betonen, daß wir mit der Errichtung einer solchen Schule völlig einverstanden wären, daß aber auch die Arbeiter gehört werden müßten. Eine entsprechende Vorlage soll der Stadtrat dem Bürgerausschuß zugehen lassen. Dies sagt Herr Oberbürgermeister Siegrist zu.

Bei der Position **Realschule** weist Gen. Rothweiler auf den Umstand hin, daß im diesjährigen Voranschlag 5000 Mk. weniger für Reparaturen der Schulen vorgesehen seien. Man sollte die vielen notwendigen Reparaturen gerade in der Zeit der Krise ausführen. Auffällig ist auch der Rückgang der Zahl der Realschüler. Warum fahren sehr viele Schüler nach Ettlingen? Weil dort das Schulgeld billiger ist und trotz des Fahrgeldes noch eine Ersparnis von 20 Mk. jährlich gemacht werden kann. Daraus muß man die Schlußfolgerung ziehen, daß das Schulgeld für die Mittelschulen nicht erhöht werden darf. Herr Frey hat seinen jungliberalen Anhängern einen schlechten Dienst erwiesen, wenn er sich für Erhöhung des Schulgeldes für die Mittelschulen ausgesprochen. Auch diese Kreise können die Erhöhung schwer vertragen, ganz abgesehen von den Schülern, deren Eltern in noch ungünstigerer Position stehen. Wir bitten, die Erhöhung des Schulgeldes außer Betracht zu stellen.

Stadtv. Frey will in der Generaldebatte mit seinen Ausführungen nur mißverstanden sein. Er habe das Reformgymnasium gemeint. Es sei nicht richtig, wenn behauptet werde, in Ettlingen sei das Schulgeld niedriger.

Damit war in der Hauptsache die Position Realschule erledigt.

Die Beratung wird abgebrochen.

Ost- und Altstadtversammlung.

Aus Anlaß der wichtigen Tagesordnung ist es erwünscht, daß die morgen Abend in der Restauration Rutschmann stattfindende Versammlung der Parteigenossen und -Genossinnen zahlreich besucht wird.

Gewerbegericht.

Sitzung vom 14. April.

Vorsitzender: Rechtsanwalt und Stadtrat Boeckh, Beisitzer: Malermeister Karl Oberle und Rangierleiter Edmund Horn.

Es kamen folgende Fälle zur Verhandlung:

1. G. Beß, Bäcker, klagt gegen H. Heckmann, Bäckermeister, wegen rückständigen Lohnes von 18 Mk. und einbehaltener Kaution von 18 Mk. Der Beklagte bestritt den Rückstand des Lohnes nicht, er machte jedoch bezüglich der Kaution eine Gegenklage dahin geltend, daß der Geselle ohne Kündigung weggelaufen sei, wofür er 14,40 Mk. Entschädigung beanspruche. Kläger gibt dies zu, meinte aber, der Meister habe einmal zu ihm gesagt: „Wenn es mir nicht passen würde, würde ich doch gehen!" Daraufhin sei er sofort aus der Arbeit getreten. Das Gericht erblickte jedoch in der Aeußerung keinen Grund, das Arbeitsverhältnis sofort zu lösen und gab der Widerklage statt, verurteilte im übrigen aber den Beklagten zur Zahlung von 15,60 Mk. an den Kläger.

2. Taglöhner J. Herr, Bietigheim, klagt gegen Carlo Pachetti u. Co., G. m. b. H., Roßhaarspinnerei, wegen Entschädigung von 3 Mk. Kläger gibt an, er habe auf 14 Tage gekündigt. Beim Austritt an einem Sonntag sei ihm jedoch die Quittungskarte nicht verabfolgt worden; man habe ihm gesagt, die Karte liege auf dem Rathaus, er solle sie holen. Da der Kläger jedoch am Montag in eine Arbeitsstelle in Rastatt eintreten wollte, war er gezwungen, am Montag einen Tag zu versäumen und erst die Quittungskarte zu holen, da er ohne diese nicht eingestellt wird. Das Gericht wies die Klage ab mit der Begründung, daß dieselbe rechtlich unbegründet sei.

3. Rob. Keck, Tapezierer, klagt gegen Fritz Klaue, Wirt, zur „Eintracht", wegen rechtswidriger Entlassung bezw. Lohnentschädigung von 12 Mk. Kläger war vom 2.—12. Februar bei dem Beklagten als Hausbursche beschäftigt und gibt an, am 12. Februar von Klaue im Keller eine Ohrfeige bekommen zu haben. Daraufhin habe er die Arbeit sofort verlassen; am 17. Februar sei er krank geworden und habe 7 Wochen im Krankenhaus gelegen. Klaue gibt zu, dem Keck eine Ohrfeige gegeben zu haben, denn er habe seine Frau beschimpft. Keck weist diese Anschuldigung mit Entrüstung zurück; im Gegenteil, seine Frau habe ihn dadurch beleidigt, daß sie ihm gedroht habe, sie würde ihn mit dem Beil in kleine Stücke zerhacken. Klaue wisse nicht, was er redet, denn er sei oft betrunken. Jetzt ging Klaue auf den Kläger zu und hieb demselben als „zweite, verbesserte Auflage" vor den Augen des Gerichts eine herunter, die nicht von schlechten Eltern zu sein schien, denn der Geschlagene taumelte zurück. Der Vorsitzende unterbrach die Sitzung sofort und gab dem Ratsdiener Weisung, Klaue nicht aus dem Lokal zu lassen. Nach kurzer Beratung verhängte das Gericht gegen Klaue eine Geldstrafe von 100 Mk. wegen Ungebühr vor Gericht, wobei der Vorsitzende besonders betonte, daß das Gericht nur deshalb von einer sofort zu vollstreckenden Haftstrafe abgesehen habe, da Klaue vorher durch die Aussagen des Klägers gereizt worden sei.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung blieb Klaue bei der Behauptung, daß Kläger seine Frau beleidigt habe, was dieser energisch bestritt. Das Gericht verurteilte dann Klaue zur Zahlung von 10 Mk. Lohnentschädigung. Keck wird jetzt noch gegen Klaue wegen tätlicher Beleidigung eine Klage an das Amtsgericht einreichen.

4. Die Köchin Monika Wagner klagt gegen K. Bensching, Wirt zum „Saalbau", wegen rückständigen Lohnes von 26,56 Mk. und Entschädigung von 18 Mk. Sie gibt an, von Bensching schwer durch Schimpfworte, wie „Saumensch", „alte Sau", „Lumpenmensch", beleidigt worden zu sein, woraufhin sie andern Tags von der Arbeit weggeblieben sei. Bensching bestreitet, die Schimpfworte gebraucht zu haben, und da niemand bei dem Auftritt zugegen war, konnte Klägerin ihre Aussagen nicht beweisen. Der Beklagte machte eine Widerklage geltend auf Ersatz von 8 Mk. für Lohn an einen Aushilfskoch, welcher stattgegeben wurde. Andererseits wurde Bensching verurteilt, an die Klägerin 26,56 Mk. zu zahlen.

5. Das Küchenmädchen M. Olli klagt gegen die Witwe Fränkle zum „Goldenen Kranz" wegen rechtswidriger Entlassung bezw. Entschädigung von 28 Mk. Die Klägerin behauptete im letzten Termin, von der Wirtin durch Ausdrücke wie: „Lumpenmensch", „Saumensch", „Hure" usw., schwer beleidigt worden zu sein, worauf sie die Stelle verließ. Da die Beklagte dies damals bestritt mit der Behauptung, daß derartige Ausdrücke noch nie über ihre Lippen gekommen seien, sollten heute Zeugen gehört werden. Die Beklagte erschien jedoch nicht, anscheinend hat dieselbe ihrer Behauptung doch nicht allzuviel Beweiskraft zugetraut. Es erging Versäumnisurteil nach Antrag auf Zahlung von 28 Mk. Entschädigung.

Neues vom Tage.

Unglaublich.

Köln, 13. April. Ein Kaufmann aus Altona, der bei einer hiesigen Schutzmannsfamilie auf Besuch weilte, beging während der Abwesenheit der Ehefrau an einem 18 Monate alten Säugling ein Sittlichkeitsverbrechen. Das Kind wurde schwer verletzt ärztlicher Pflege zugeführt. Der Wüstling, der auch der Verübung eines Knabenmordes in Hameln dringend verdächtig ist, wurde verhaftet.

Im heiligen Rom!

Rom, 8. April. Ein Prestidigitateur gab im Teatro Adriano nahe der Engelsburg Variétévorstellungen, die nicht recht ziehen wollten. Drum lud er gestern mit Riesenplakaten und unter Preiserhöhung das geehrte Publikum zu einer Glanznummer mit Nacktänzen ein. Das Theater war überfüllt und mit lärmender Ungeduld erwartete das Publikum die Hauptsache, aber diese hielt nicht, was sie versprochen hatte. Im Nu hatten die Unzufriedenen die Bühne gestürmt, die Schauspieler bewaffneten sich mit Stöcken, und es gab einen Kampf, der mit Mühe beschwichtigt wurde, als die Gendarmen ihrerseits die Bühne gestürmt hatten. Das Theater, aber auch die Straßen der Umgegend mußten zwangsweise geräumt werden. Und das geschieht im heiligen Rom in der Charwoche!

Den Vater erschossen.

Saarbrücken, 15. April. Der Schlossergeselle Pohl erschoß nach einem Wortstreit seinen betagten Vater.

Arbeiterrisiko.

Essen, 15. April. Vom Hochofen der Henrichshütte in Hattingen stürzten zwei Maurer ab. Beide sind tot.

Das hätte noch gefehlt.

Berlin, 15. April. Ein französischer Zirkusbesitzer, der gegenwärtig in Südfrankreich Vorstellungen gibt, wollte hier Stierkämpfe aufführen und stand mit einigen Terrainbesitzern in Unterhandlungen. Das Polizeipräsidium versagte ihm jedoch die nachgesuchte Genehmigung zu diesen Veranstaltungen.

Eine Eifersuchts-Tragödie

ereignete sich in dem belgischen Dorfe Acquigny. Der Bauer Santarre glaubte sich von seiner Frau betrogen und beschuldigte seine Schwiegermutter, daß sie die Untreue seiner Frau begünstige. Als beide Frauen die Vorwürfe zurückwiesen, ergriff der Mann eine Jagdflinte und erschoß Beide. Dann nahm er sich selbst das Leben.

Fünflinge.

Newyork, 2. April. Die Frau des Farmers Turner in Winston, nahe Salem in Nord-Karolina, hat Fünflingen das Leben gegeben. Die Kinder, drei Knaben und zwei Mädchen, sind zwischen vier und sechs Pfund schwer und scheinen alle lebensfähig zu sein.

Die türkische Militärrevolution.

Augenblicklich herrscht Ruhe in Konstantinopel, aber man darf sich durch diese Ruhe nicht täuschen lassen. Die Militärrevolution hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das jungtürkische Regiment ist wie weggeblasen, nachdem es erst vor wenigen Monaten mit grenzenlosem Enhusiasmus bejubelt und begrüßt worden war. Allein ob die neuen Herren die Situation beherrschen und wie lange sie das tun werden, steht auf einem anderen Blatt. Sehr verdächtig ist die Rolle, die der Sultan bei der Sache gespielt hat. Die letzten Depeschen geben uns kein genaues Bild über

die Lage. Sie besagen nur, daß die Ruhe wiedergekehrt sei. Ob es nicht die Ruhe vor dem Sturm ist?

Die Lage.

Pera, 15. April. Die Zahl der seit Beginn der Bewegung Verletzten wird auf 70, die der Getöteten auf 15 geschätzt. Die Mehrzahl der Unglücksfälle wurde durch die Freudenschüsse der Meuterer verursacht. Unter den Toten sollen sich einige hohe Würdenträger des Hofes befinden. Es verlautet, daß im Ildiz große Verwirrung herrscht. Der Sultan hat die Rückberufung der vom ehemaligen Kriegsminister aus dem Ildiz entfernten Palasttruppen angeordnet. Die Rückkehr der Truppen ist gestern bereits teilweise erfolgt. Die Truppenbewegungen dauerten den ganzen Tag an. Das Haus des früheren Kommandanten der kaiserlichen Garde, Mukdar Pascha, wird von mehreren Bataillonen Meuterer belagert; er hißte die französische Flagge, darauf unterließen die Truppen auf Wunsch der Regierung einen Angriff. Viele Personen sind auf die im Hafen liegenden Schiffe geflüchtet. In Tophane sammelte sich der Pöbel und nahm eine drohende Haltung an, wurde jedoch vom Militär zerstreut.

Außer dem Präsidenten hat auch der Vizepräsident der Kammer Talaat, demissioniert.

Konstantinopel, 15. April. Bis spät abends wurde die Ruhe nirgends mehr gestört. Stambul und Galata haben wieder ihr normales Aussehen. Die Meuterer haben ihre Forderung um Auslieferung resp. Erschießung einer Anzahl von ihnen namhaft gemachter Militär- und Zivilpersonen infolge Eingriffes der Geistlichkeit zurückgezogen. Den Komiteemitgliedern Dschahid Bey und Hussein Dschahid ist es gelungen, mit Hilfe einer fremden Botschaft zu flüchten. Falls das jungtürkische Komitee seine Tätigkeit in Konstantinopel nicht einstellt, wird das neue Kabinett energische Schritte gegen dasselbe einleiten.

Die letzte militärische Stütze der Jungtürken umgefallen.

Saloniki, 15. April. Auch hier beginnen die Truppen, sich gegen die Offiziere aufzulehnen. Die Albanesen beschlossen, aus dem jungtürkischen Komitee auszutreten.

Füsilierte Offiziere.

Konstantinopel, 15. April. Im Vorort Arnautkoi am Bosporus wurden heute um 9 Uhr zwei Offiziere, welche dem dortigen Truppenkommando angehörten, füsiliert. Die Wache stellte die Offiziere an die Straßenmauer und nahm die Exekution vor. In der Bevölkerung brach eine Panik aus, doch beruhigten sie die Soldaten versichernd, daß nur die beiden Offiziere erschossen werden sollen.

Wechsel im Militärkommando.

Konstantinopel, 15. April. Javer Pascha, der gestern an Mucktar Paschas Stelle zum Befehlshaber des Garde-Korps ernannt wurde, hat auffallenderweise dieses Kommando schon wieder abgegeben und Großwesir Tewfik Pascha hat darauf dem Sultan vorgeschlagen, den früheren Kriegsminister General Nasim Pascha zum Kommandeur des Garde-Korps zu ernennen. Nasim Pascha hat die Ernennung angenommen. Der Kommandowechsel macht großes Aufsehen. Er steht ohne Zweifel in Zusammenhang mit den unhaltbaren Zuständen in der Garnison, vielleicht aber auch mit Nachrichten, die über die Stimmung der Truppen in Saloniki und Adrianopel hier eingetroffen sind.

Bandenkämpfe.

Saloniki, 15. April. Bedenkliche Unruhen haben sich in Florida an der Bahnstrecke Saloniki-Ueskueb ereignet. Eine griechische und eine bulgarische Bande drang in den Ort ein und lieferten einander einen Kampf, wobei die bulgarische Bande, die aus 44 Mitgliedern bestand, 14 Tote hatte. Das reguläre Militär wurde in die Flucht geschlagen.

Eine wüste Szene.

Konstantinopel, 16. April. Matrosen vom Kriegsschiff Assar i Tewfik schleppten gestern Vormittag einen Offizier nach dem Yildiz, riefen den Sultan ans Fenster, um ihm zu erzählen, daß der Offizier ihnen Befehl gegeben habe, ein Geschütz auf den Yildiz und eins auf die Pforte zu richten, um feuern zu lassen. Als der Sultan nach dem Angeschuldigten fragte, zerrten ihn die Matrosen hinter einem Baum hervor. Der Sultan sagte, ohne den gefesselten Offizier zu befragen, man möge ihn nach der Yildiz-Wache bringen, wo er gleich gemäß dem Scheriatrecht zum Tode verurteilt und aufgehängt werden solle. Zugleich machte der Sultan ein Zeichen des Bedauerns, indem er die Hände hoch hob. Dies faßten die Matrosen falsch auf, schlugen den Offizier nieder, stachen ihn mit dem Bajonett tot und hängten die Leiche an einem Baume bei der Yildiz-Moschee auf.

Hilfe für die Jungtürken?

Konstantinopel, 16. April. In der Kammer wurde gestern ein Telegramm verlesen, wonach in Saloniki, Monastir und Janina die Truppen dem Komitee treu blieben. Ein Telegramm das vom Wali, dem Kommandanten des 3. Armee-Korps dem Metropoliten und anderen hohen Beamten in Saloniki unterschrieben ist, verlangt die Wiedereinsetzung des alten Kabinetts, widrigenfalls das 3. Korps unverzüglich nach Konstantinopel marschieren werde. Ein Telegramm des osmanischen Loyd aus Saloniki, das heute erscheinen wird, lautet: Die Bevölkerung in Saloniki ist ruhig. Tausende von Freiwilligen aller Rassen haben sich in die Stammrollen eingeschrieben. Ein Monstre-Meeting wurde auf dem Exerzierplatze veranstaltet. Ganz Mazedonien ist dem Prinzip der Konstitution treu.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesang-Verein „Lassallia".) Heute Freitag abend 9 Uhr Wiederbeginn der regelmäßigen Gesangsproben Da neue Chöre eingeübt werden, ist es Ehrensache aller Sänger pünktlich und vollzählig zu erscheinen. 2012

Karlsruhe-Mühlburg. (Gesangverein „Bruderbund") Heute Abend Singstunde. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen höchst notwendig.

Hagsfeld. (Wahlvereinsmitglieder und Volksfreundleser.) Am Samstag, den 17. April, abends halb 9 Uhr, findet im Gasthaus „zur Kanne" Versammlung mit Vortrag statt. Genosse Trinks referiert über den 1. Teil des Erfurter Programms. 2019
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Durlach. (Bildungsverein jugendlicher Arbeiter.) Sonntag, den 18. April, nachmittags 5 Uhr im Gasthaus zum „Löwen" in Grötzingen **Tanzausflug.** Tanz nur für Mitglieder. Treffpunkt 1/4 4 Uhr im „Schwanen" in Durlach. Der Vorstand.

Karlsruhe. (Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund.) Samstag, 17. ds. Mts., abends halb 9 Uhr, im Reformrestaurant, Monatsversammlung mit Vortrag. Frau Schriftstellerin Schloß spricht über „Moderne Balladen". Gäste, auch Frauen, willkommen. 1995

Knielingen. (Sozialdem. Verein.) Am Sonntag, den 18. April, Abend 7 Uhr, Versammlung im „Waldhorn". Alles erscheinen. 1990

Mörsch. (Arbeiter-Wahlverein.) Sonntag, den 18. April, mittags 3 Uhr, im „Löwen" Versammlung. 1994

Bruchsal. (Arbeiter-Gesangverein „Harmonie".) Sonntag, den 17. April, Mitgliederversammlung in der „Neuen Sonne". Hierzu ist die Passivität freundlichst eingeladen. Um pünktliches Erscheinen bittet 2011 Der Vorstand.

Freiburg. (Soz. Verein.) Mitgliederversammlung Samstag abends 1/2 9 Uhr in der „Stadt Belfort". Tagesordnung: 1. Steuerwesen in Baden. (Referent Gen. Engler.) 2. Interne Angelegenheiten. Vollzähliges Erscheinen notwendig. 2002 Der Vorstand.

Geschäftliches.

Back', brat' und koch'

mit ALCO-Fett!

Es **spart**, schmeckt **gut** u. **bräunt auch** nett.

Friedrichsbad,

136 Kaiserstrasse 136.

An den fünf ersten Tagen der Woche kostet ein Wannenbad für **Männer** und **Frauen**

35 Pfennig. 100

Samstags 40 Pfennig.

Karl Büchle, Karlsruhe

Kaiserstr. 149 Inh.: A. Schuhmacher Telephon 1931

Spezialgeschäft f. Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Besatzartikel u. Spitzen

Spezialität: Lyoner Seidenstoffe zu billigsten Preisen.

Sämtliche Neuheiten der Saison .·. Eig. Modejournal 1088

R. Pahr

solidestes Konfektionshaus

Karlsruhe Kronenstrasse 49

Versand per Nachnahme. 351

Adressen, die interressieren.

Amtsgericht. Akademiestraße 2, Tel. 95. Ordentliche Gerichtstage: Montag und Donnerstag. Amtstage und Amtsstunden der Gerichtsschreibereien: Montag und Donnerstag von 9—12 und 3—5 Uhr, an den übrigen Tagen von 10—12 Uhr zugänglich.

Sonntagsruhe und Acht-Uhr-Ladenschluss!

Von **April** bis **September** sind **unsere Verkaufsstellen** an allen **Sonn-** und gesetzlichen **Feiertagen nur** vormittags von

7 bis 9 Uhr geöffnet.

An den Wochentagen werden unsere Läden **abends 8 Uhr geschlossen.**

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

31 eigene Verkaufsstellen

in **Karlsruhe, Pforzheim, Durlach, Rastatt, Bruchsal** und weitere Umgebung.

Lederhandlung Mühlburg

Großes Lager in **Sohlleder** und **Sohlenausschnitt,** sowie **Schuhmacherbedarfsartikel.**

Eduard Frisch,

Rheinstr. 34b.

Zickelfelle

werden angekauft bei 1801

Ernst Jahn

Durlach, Lammstr. 30.

Verband der Gemeinde- u. Staats-Arbeiter

Filiale Karlsruhe.

Samstag, den 17. April, abends halb 9 Uhr, im Verbandslokal **„zur Kronenhalle"**

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Innere Angelegenheiten.
2. Beratung der Statutenvorlage des Hauptvorstandes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Sonntag, den 18. April, von morgens 10 Uhr bis nachmittags 1 Uhr

Wahl der Delegierten zum 5. Verbandstag in Dresden.

Die Wahl findet in folgenden Lokalen statt:

Für die **Oststadt** im „Drachen", Karl-Wilhelmstraße.
„ „ **Altstadt** in der „Alten Brauerei Schrumpel", Durlacherstr.
„ „ **Südstadt** im „Auerhahn", Schützenstraße.
„ „ **Weststadt** in der „Palme", Lessingstraße.
„ **Mühlburg und die umliegenden Ortschaften** im „Rheinkanal", Mühlburg. 2018

Vollzählige Beteiligung erwartet **D. O.**

NB. Das Verbandsbuch gilt als Legitimation.

Geschäfts-Empfehlung.

Den Partei- und Gewerkschaftsgenossen zur Kenntnis, daß in folgenden Verkaufsstellen das bekannte

Verbandsbräu

aus der Verbandsbrauerei Augsburg abgesetzt wird:

Albert Zotz, Georg-Friedrichstr.
Frau Petri Ww., Rudolfstr.
K. Sautter, Degenfeldstraße
R. Oderwald, Fasanenstraße
Frau Sofie Weiser Schützenstr.
Ernst Marx, Luisenstraße
K. Kunzmann, Scheffelstraße,
Johann Schmitt, Kapellenstr

Ich möchte die Partei- und Gewerkschaftsgenossen ersuchen, diese Geschäfte zu berücksichtigen, die auch unser eigenes Produkt absetzen. 2022

Achtungsvollst

August Zeller

Winterstr. 21 oder Luisenstr. 48.

NB. Es wird die kleinste Bestellung ins Haus geliefert.

Belg. Riesen-Rammler, 13 1/2 Pfd. schwer, zum Decken empfohlen. Deckgeld 50 Pfg. **Fasanenstr. 24,** H. 1. **Schempf.**

Sportswagen gut erhalten, ist billig abzugeben **Gerwigstr. 35,** 4. l

Mühlburg.

Wohnung mit 3 Zimmern und Küche nebst Zubehör im 4. Stock für 330 Mk. zu vermieten. 2001

Gluckstr. 1, 4. Stock.

Hornberg.

Am **Samstag, den 17. April, abends 8 1/2 Uhr,** findet im Gasthaus **„Zur Rose"** (Wirtschaftslokal) eine

Oeffentliche Versammlung

statt.

Thema:

Die Bedeutung der Gewerbegerichte und die Gewerbegerichtswahl für die Arbeiterschaft.

Referent: Arbeitersekretär **Albert Willi-Karlsruhe.**

Es ist dringend nötig, daß diese Versammlung von allen Arbeitern besucht wird. 2020

Soz. Verein u. Gewerkschaftskartell Hornberg.

J. A.: Math. Faißt.

Apollo-Theater

Südstadt. **Dir. Braunschweiger** Marienstr. 16.

Weltstadt-Programm vom 16. bis 30. April 1909.

Mizzi Melizza Wiener Soubrette | **Die 4 süssen Mädels** Gesangsquartett

Baumer und Sohn Das hier so beliebte oberbayerische Kontrastduo

Frères Chantrell Musical-Ball-Clowns | **Les 5 Serellis** Gesang- und Tanz-Ensemble

Burton und Mayo Humoristischer Akt am dreifachen Reck 2006

Jacques Bronn Humorist | **Alice Markert** genannt „Die Streichholz-Jule"

Kinematograph Serie neuer Bilder | **Cabaret Maxim** Täglich abends von 11—2 Uhr

Schuhfabrik-Lager

Empfehle mein großes Lager in **Schuhwaren** aller Façons. **Chevreaux, Boxkalf** usw. in nur guter, feinster Ausführung bei billigsten Preisen.

Niederlage der Genossenschaftsschuhfabrik.

Arbeits- u. Kinderstiefel in großer Auswahl 5% Rabatt. Für sämtliche Artikel leiste ich äußerste Garantie. 70

Wilhelm Müller,

Schuhmachermeister,

Mühlburg, Gelbelstrasse am Bahnhof.

Zur Aufklärung

Photographische Anstalt

Werderstraße 31 liefert

1 Visit-Aufnahme 50 Pfg.
1 Kabinet-Aufnahme 1 Mk.

1. Sie erhalten für wenig Geld ein tadelloses Probebild.
2. Es werden Ihnen dadurch keine teuren Bilder aufgedrängt.
3. Sie können je nach Bedarf Bilder bestellen. 1510
4. Rascheste Bedienung.

Vorhänge 2 Paar m. Galerie u. Zugvorrichtung fertig zum Gebrauch, sind zu verk. **Lessingstr. 70,** 3. St. r.

Marktwägelchen, gut erhaltenes starkes, wird zu kaufen gesucht. **Augartenstr. 38,** 4. St.

Sportwagen (2-sitziger) ist für 4 Mk. zu verkaufen **Ludwig-Wilhelmstraße 16,** Hth. 4. St.

Unser dritter direkter Waggon
Neue Egypter
Zwiebeln
Pfd. **11** Pfg.
Ztr. **10.—**
ferner
Neue
Malta-Kartoffel
3 Pfd. **35** Pfg.
Ztr. **10.50**
Gelbe
Salat-Kartoffel
3 Pfd. **15** Pfg.
Ztr. **4.—**
Frischer Pariser
Kopf-Salat
Kopf **15** Pfg.
Holländer
Rotkraut
in Köpfen von ca. 8 Pfd.
Pfd. **15** Pfg.
Frische Holländer
Gurken
Stück **40** Pfg.
Frische Steiermärcker
Eier
extraschwer
Stück **7** Pfg.
10 Stück **68** Pfg.
Französische
Tafel-Äpfel
3 Pfd. **40** Pfg.
und
3 Pfd. **45** Pfg.
Spanische
Blutorangen
Stück **5** Pfg.
Dutzend **55** Pfg.
Stück **7** Pfg.
Dutzend **75** Pfg.
empfehlen
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
In den bekannten Verkaufsstellen.

Schöne 2 Zimmerwohnungen
im Hinterhaus mit Kochgas auf 1. April 1909 zu vermieten.
Näheres **Rüppurrerstr. 20** im Bureau. 347

Männergesangverein Karlsruhe (E. V.)

Todes-Anzeige.

Wir erfüllen hiermit die schmerzliche Pflicht, unsere verehrte Mitgliedschaft von dem am 14. April früh erfolgten Ableben unseres langjährigen Mitgliedes

Herrn Anton Letzgus

in Kenntnis zu setzen. 2004

Die Beerdigung findet Freitag nachm. 4 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Zur **jetzigen Bedarfszeit** sind in **grosser Auswahl** 2005
Kinder-, Mädchen- und Damen-
Hüte
Kinder-, Mädchen- und Damen-
Strümpfe
Kinder-, Mädchen- und Damen-
Hüte
eingetroffen u. empfiehlt zu sehr billigen Preisen
L. Diemer Nachfolger
Kaiserstr. 39 **Bruchsal** Kaiserstr. 39
Inh. Carl Neumeyer.

Schulranzen f. Mädchen u. Knaben in allen Preislagen, sowie sämtliche Reiseartikel und Lederwaren empfiehlt 1406
Eigenes Fabrikat
M. Oswald
Schützenstraße 42. Schützenstraße 42.

Freiburg.
Sparsame Hausfrauen
kaufen ihre
Küchengeschirre
im 1858
Wiener Bazar Freiburg i. Br. 48 Kaiserstr. 48
Rabattmarken.

Freiburg.
Sämtliche Neuheiten
in
Sonnen-Schirmen
Regen-Schirmen
Spazier-Stöcken
empfiehlt in riesiger Auswahl
zu bekannt billigsten Preisen
Konfirmanden-Schirmen
Freiburger Hut- u. Schirmhaus
Konfirmanden-Stöcken
Anna Loew
vis-à-vis der Karlskaserne **Kaiserstr. Nr. 24** gegenüber dem Siegesdenkmal
Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Für alle Damen kostenlos! Zuschneide-Freikursus

Beginn: Montag 19. April 1909.

Um die erste Süddeutsche Bekleidungsakademie auch in Karlsruhe und Umgebung bekannt zu machen, hat sich die Direktion entschlossen, in **Karlsruhe, Prinz Karl, Ecke Lammstr. 1a u. Zirkel, alle Damen**, die sich zu diesem Kurse anmelden, **vollständig umsonst zu unterrichten.** Der Unterricht kostet keinen Pfennig, bis die Dame das Zuschneiden von Damen-, Mädchen-, Knaben-Garderobe und Wäsche erlernt hat.

Anmeldungen werden am 13., 14., 15., 16. u. 17. April von morgens 10 bis abends 9 Uhr entgegengenommen.

Unsere Methode ist die leichteste der Gegenwart, da **ohne Rechnen und Freihandzeichnen. In allen Städten grösste Erfolge.** Für tadellosen Sitz Garantie.

Die Direktion.

Der Unterricht wird von 2 Damen von 10—12 Uhr vormittags, $2^1/_2$—$4^1/_2$, 5—7 und 8—10 nachmittags erteilt und jede Schülerin kann sich die Zeit des Unterrichts selbst wählen. 1882 **D. O.**

Keine Dame wolle diese Gelegenheit unbenützt lassen.

:: Billigstes ::
Kommunikanten-Anzüge
:: Reellstes :: :: Leistungsfähigstes
zu Mk. **9.—, 12.—, 15.—, 18.—, 21.—** u. höher
in schöner, reichhaltiger Auswahl
kaufen Sie am besten, reellsten u. billigsten bei
August Schindel jr.
Hauptstraße 69 **Durlach** Hauptstraße 69
Geschäftshaus.

Werderstr. 100, 4. St. lks., ist ein möbliert. Zimmer sofort zu vermieten. 2009

Kaiserstr. 49, 4. St., ist ein einfach möbl. Zimmer mit Kost billig zu vermieten.

Colosseum
Freiburg.
Ab heute Freitag abend
Beginn der I. internationalen
Damen-Ringkämpfe
Konkurrenz zwischen Damen aller Nationen und wirklich geschulten Ringerinnen.
Heute I. Tag ringen:
Frl. **Hanlon**, Berlin gegen Frl. **Muranky**, Ungarn.
Frl. **Meister**, Westfahlen, geg. Frl. **Kaminsky**, Polen.
Frl. **Bovowsky**, Rußland, geg. Frl. **Simson**, Hannover.
Der Ringkampf ist griechisch-römisch, rein sportlich und äußerst dezent. Ferner das **Schlussprogramm** dieser Saison. **Man de Wirth? Francois Rivoli! Schwestern Heil**, Xylophon-Virtuosinnen. NB. **Da in Freiburg noch niemals** ein Rheinländisches Burlesken-Ensemble engagiert war, so wurden beim Schlußprogramm keine Kosten gescheut und zu 10tägigen Gastspielen **Bienensteins** bestes Kölner Burlesken-Ensemble (10 Personen) gewonnen, welche fast täglich neue Stücke spielen. U. a.: **„Einmal noch leben". „Der Schrei nach dem Kinde." „Der Mann mit den 3 Frauen". „Die anständige Frau". „Wer ist Papa?"** Kinematograph in höchster Vollendung Trotz enormen Kosten **nur gewöhnl. Eintrittspreise**, damit es jedermann ermöglicht wird, das Schlussprogramm einige Male anzusehen. Kassa $7^1/_2$, Anfang 8 Uhr. Vorverkauf: Kampe, Kaiserstraße 89. **Sonntag in beiden Vorstellungen: Damen-Ringkämpfe Bienensteins Burlesken**, sowie das **vollständige Spezialitäten-Programm.**
NB. Die Schlußvorstellung dieser Saison findet am 30. April statt. 1998

Bekanntmachung.
Im Hundezwinger des städt. Wasenmeisters, Schlachthausstraße 17 (zwischen Kaserne und Eisenbahn) befinden sich nachstehende herrenlose Hunde:
1 gelber Fuchshund, männlich
1 „ Spitzer „
1 grauer Schnauzer „
1 roter kl. Dachshund „
1 roter Boxer „
1 junger engl. Jagdhund, weibl.
Dieselben werden, falls sie nicht innerhalb 3 Tagen abgeholt sind, getötet bezw. versteigert.
Karlsruhe, 15. April 1909.
Städt. Schlacht- u. Viehhof-Direktion. 2007

Näherin
zur Anfertigung zugeschnittener Arbeitshemden und Schürzen gesucht. 2023
Julius Löwe
Werderplatz 25.

Zimmermädchen gesucht.
Auf sofort werden zwei reinliche und ehrliche 1972
Zimmermädchen,
die während ihrer freien Zeit servieren müssen, gesucht.
Hoher Lohn und gute Behandlung zugesichert — Näheres **Stadtgarten-Restauration.**

Küchenmädchen gesucht.
Auf sofort wird ein tüchtiges, reinliches Küchenmädchen gesucht. Selbiges muß im Salat- und Gemüserichten erfahren sein (Geschirrwaschen ausgeschl.). Hoher Lohn zugesichert.
Näher. **Stadtgarten-Restaurant Karlsruhe.** 1959

Modes!
Damenhüte werden für **40 Pf.**, Kinderhüte für **20 Pfg.** chic garniert. 2010
Frau Bothe, Rheinstr. 36.

Kreuz, für ein Kindergrab, aus Pitsch-pine-Holz, 1,80 m hoch ist für 3 Mk. zu verk. bei **Bimmler, Durlacherstraße 30.** 2021

Alona Fahrräder
u. Zubehörteile enorm billig. Kataloge gratis. Vertreter gesucht. Fahrradhaus Wenne Freiburg i. B. E.

Zum Frühjahrs-Hausputz!
Ia. Kern-Seife
garantiert vollwichtig mit Pressung
Pfannkuch-Seife
weiße ½ Pfd. **26 ₰**
ohne Pressung mit 10% Einschnitt:
weiße, 2 Stück **24 ₰**
gelbe, 2 Stück **23 ₰**
Schmier-Seife
gelbe, Glyzerin,
Pfund **16 ₰**
weiße, Salmiak,
Pfund **18 ₰**
Ia. Reis-Stärke
offen, Pfd. **30 ₰**
Crême-Stärke (Hoffmann)
½ Pfd.-Karton **20 ₰**
Macks-Doppel-Stärke
½ Pfd.-Karton **20 ₰**
Waschkrystall
Paket **4 ₰**
Bleichsoda
¼ Pfd.-Paket **8 ₰**
Seifenpulver
½ Pfd.-Paket u. **4 ₰** an
Fettlaugenmehl
Pfund **10 ₰**
Borax
ganz oder gemahlen
125 Gramm-Paket
10 ₰
offen Pfund **26 ₰**
empfehlen 1231
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen.

Globus Putzextrakt
ist der beste, sparsamste und deshalb billigste Metall-Putz der Welt

---

Damen- u. Kinderkleider
werden billigst angefertigt.
Schützenstr. 62, 3. St.

Deutscher Metallarbeiterverband

Markgrafenstraße 26, Karlsruhe. — Telephon 2098.

Bruchsal. Samstag, den 17. April, abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zur „Neuen Sonne" Monatsversammlung mit Vortrag des Herrn Redakteur Th. Huth aus Mannheim über „Die bevorstehende Justizreform". 2. Wahl der Delegierten zur Delegiertenversammlung nach Karlsruhe.

Bretten. Samstag, den 17. April, abends punkt halb 9 Uhr, im Gasthaus zum „Engel" Monatsversammlung.

Karlsruhe. Donnerstag, den 22. April, abends halb 9 Uhr, in der Restauration Rutschmann, Kaiserstraße 13, Lichtbildervortrag des Herrn Grempe aus Berlin über „Das Problem der Luftschiffahrt". Eintrittskarten 20 Pfg. pro Person sind bei allen Einkassierern und im Geschäftslokal zu haben.

Karlsruhe. Die vierteljährliche Delegiertenversammlung findet Sonntag, den 25. April, mittags 2 Uhr, in der Restauration Rutschmann, Kaiserstraße 13, statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung im 1. Quartal. 2. Beratung der zur Generalversammlung in Hamburg gestellten Anträge. Anträge, welche in der Delegiertenversammlung zur Beratung kommen sollen, müssen bis Montag, den 19. April bei der Verwaltung eingereicht sein. Zur Vornahme der Wahl der Delegierten finden am Montag, den 19. April, abends 6 Uhr, in nachstehenden Lokalen Versammlungen statt: 1997

Restauration Rutschmann, Kaiserstr. 13,
Prinz Heinrich, Kurvenstr. 19,
Gasthaus zum Bannwald,
Gasthaus zum Saalbau, Mühlburg,
Durlach, Gasthaus zum Lamm.

Zahlreichen Besuch obiger Versammlungen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiterverband

Markgrafenstraße 26, Karlsruhe. — Telephon 2098.

Am Sonntag, 18. April, vormittags von 10 bis 12 Uhr, findet die

Wahl von zwei Delegierten zur Generalversammlung in Hamburg

statt. Wählen kann jedes Mitglied des Verbandes, das sein Mitgliedsbuch vorzeigen kann und nicht mehr als 8 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist.

Ohne Mitgliedsbuch darf Niemand wählen.

Die vorgeschlagenen Kandidaten werden in den einzelnen Wahllokalen den Mitgliedern in sichtbarer Weise zur Kenntnis gebracht.

In nachfolgenden Orten und Lokalen kann gewählt werden:

Bezirk Karlsruhe.

Karlsruhe: Geschäftslokal Markgrafenstraße 26. Gasthaus zur Palme, Lessingstraße. Gasthaus zum Saalbau i. Mühlburg, Bachstraße.
Rintheim: Gasthaus zum Schwanen.
Hagsfeld: Gasthaus zur Kanne.
Blankenloch: Gasthaus zum Deutschen Kaiser.
Beiertheim: Gasthaus zum Weißen Bären.
Bulach: Gasthaus zur Krone.
Rüppurr: Gasthaus zum Zähringer Löwen.
Grünwinkel: Gasthaus zur Wacht am Rhein.
Daxlanden: Gasthaus zur Sonne.
Knielingen: Gasthaus zum Waldhorn.

Bezirk Durlach.

Durlach: Gasthaus zum Lamm.
Aue: Gasthaus zum Darmstädter Hof.
Grünwettersbach: Gasthaus zum Schwanen.
Grötzingen: Gasthaus zum Adler.
Berghausen: Gasthaus zum Löwen.
Söllingen: Gasthaus zur Kanne
Kleinsteinbach: Gasthaus zum Feldschlößchen.
Wössingen: Gasthaus zum Ochsen.
Jöhlingen: Gasthaus zum Lamm.
Weingarten: Gasthaus zur Krone. Brauerei Nagel.

Bezirk Ettlingen.

Ettlingen: Gasthaus zum Löwen.
Forchheim: Gasthaus zur Linde.
Malsch: Gasthaus zum Löwen.

Bezirk Rastatt.

Rastatt: Gasthaus zum Ritter.
Bietigheim: Gasthaus zum Hirsch.
Oetigheim: Gasthaus zur Rose.
Muggensturm: Gasthaus zum Badischen Hof.
Ottersdorf: Grüner Baum.
Kuppenheim: Gasthaus zum Engel.
Bischweier: Gasthaus zum Adler.

Bezirk Gaggenau.

Gaggenau: In der Volkshalle.
Rothenfels: Gasthaus zum Hirsch.
Ottenau: Gasthaus zum Strauß.
Hörden: Gasthaus zum Anker.
Selbach: Gasthaus zur Krone.

Bezirk Rheinpfalz.

Pfortz: Gasthaus zum Kreuz.
Wörth: Wirtschaft zum Schloß.
Hagenbach: Gasthaus zum Schwanen.
Berg: Gasthaus zu den Drei Königen.

Bezirk Bruchsal. Bruchsal: Gasthaus zur Neuen Sonne.

Bezirk Bretten. Bretten: Gasthaus zum Engel.

In allen vorstehenden Lokalen kann nur in der Zeit von 10—12 Uhr vormittags gewählt werden.

Zu zahlreicher Beteiligung an obiger Wahl ladet ein

1996 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Verband der Fleischer.

Zahlstelle Karlsruhe.

Sonntag, den 25. April, nachmittags 4 Uhr beginnend, findet in der „Wacht am Rhein", Gartenstraße 2

Familien-Unterhaltung

verbunden mit **Konzert** und

Grossem Preiskegeln

statt. Hierzu sind unsere werten Mitglieder nebst Freunden und Gönnern freundlichst eingeladen. 1991

Der Vorstand.

NB. Das Preiskegeln beginnt morgens 11 Uhr und endet abends 11 Uhr. D. O.

Räumungs-Verkauf

in nachstehenden

Schuhwaren

nur noch bis zum 18. April

Um für eintreffende Frühjahrs-Waren Raum zu schaffen, setze ich nachstehende Posten ganz moderne, reguläre in grossen Mengen vorhandene Schuhwaren einem Räumungsverkaufe aus:

Für Damen:

Art. 8153. Ein Posten **echt Chevreaux-Schnür-Stiefel,** Derbyschnitt, grosse Oesen, echte Kappe
Mein Verkaufspreis früher Mk. 7.50 jetzt Mk. **4.95**

Art. 6976. Ein Posten **echt Boxcalf-Schnür-Stiefel,** Derbyschnitt, grosse Oesen, Lackkappen modernes Fasson
Mein Verkaufspreis früher Mk. 10.50 jetzt Mk. **7.90**

Art. 6560. Ein Posten **echt Chevreaux-Schnür-Stiefel,** Derbyschnitt, Goodyear Welt, elegantes Fasson
Mein Verkaufspreis früher Mk. 11.80 jetzt Mk. **8.75**

Für Herren:

Art. 6083. Ein Posten **echt Boxcalf-Hakenstiefel,** ohne Aussennaht
Mein Verkaufspreis früher Mk. 8.50 jetzt Mk. **6.50**

Art. 9182. Ein Posten **echt Chevreaux-Hakenstiefel,** Derbyschnitt, elegantes Fasson, gelochter Besatz und Kappe
Mein Verkaufspreis früher Mk. 9.50 jetzt Mk. **6.90**

Art. 9188. Ein Posten **echt Boxcalf-Hakenstiefel,** ohne Aussennaht, modernes Fasson, gelochter Besatz und Kappe
Mein Verkaufspreis früher Mk. 8.90 jetzt Mk. **7.50**

Während dieser Zeit Billige Strumpftage!
Auf meine schon enorm billigen Verkaufspreise in Strumpfwaren 10% Rabatt.
Grosse Posten Strümpfe für Herren Damen Mädchen Kinder

Grosse Posten Globus-Stoffstiefel mit Ledergarnitur zu herabgesetzten Preisen.

Art. 27, 28, 85. Damen Mk. **1.95**
Art. 394. Mädchen 31—25 Mk. **1.75**
Art. 394. Kinder 27—30 Mk. **1.55**

R. Altschüler, Karlsruhe i. B.,

Ecke Kaiser- u. Ritterstrasse No. 161.

Grösstes und leistungsfähigstes Schuhwarenhaus Süddeutschlands.

Filialen von Altschülers berühmten Schuhwaren:

Mannheim, R 1, 2/3, Marktplatz
„ P 7, 20, Heidelbergerstr.
„ O 6, 3, Heidelbergerstr.
„ G 5, 14, Jungbuschstr.
„ Mittelstrasse 58
„ Schwetzingerstr. 48
Neckarau, Kaiser-Wilhelmstr. 29
Aalen, Bahnhofstr. 27 b
Augsburg, Karlstrasse D 47
„ Karolinenstrasse D 66
Bamberg, Grüner Markt 23
Bruchsal Kaiserstr. 55
Bockenheim, Frankfurterstr. 8
Frankfurt a. M., Schnurrg. 33/35
Freiburg, Kaiserstrasse 35
Göppingen, Marktplatz
Hanau, Nürnbergerstrasse 24
Heidelberg, Hauptstrasse 87
Mainz, Schusterstrasse 49
„ Gr. Bleiche 16
Offenbach, Frankfurterstr. 35
Stuttgart, Eberhardtstr. 71.
Worms, Neumarkt 12
Würzburg, Kaiserstrasse 17

Zentrale: Mannheim P. 7. 20. 1816

Bekanntmachung.

Die Sophienschule betreffend.

Das Schuljahr 1909/10 nimmt für die Sophienschule (städt. Frauenarbeitsschule) seinen Anfang am

Montag, den 19. April 1909.

An diesem Tage haben sich die aufgenommenen Mädchen vormittags 9 Uhr in den Unterrichtslokalen der Sophienschule: Lindenschule, Rebeniusschule, Hildahaus und Hardtstraße 3, einzufinden.

Der Unterricht für die Schülerinnen des 2. Jahreskurses (Abteilung für Kleidermachen) beginnt

Dienstag, den 20. April, vormittags 9 Uhr.

Karlsruhe, den 3. April 1909.

Dr. Gerwig, Stadtschulrat. 1992

Bekanntmachung.

Nr. A. 2859. Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses werden hierdurch zur Fortsetzung der Beratung des Gemeindevoranschlags für 1909 auf

Freitag den 16. April d. J., nachm. 3 Uhr,

in den großen Rathaussaal ergebenst eingeladen.

Karlsruhe, den 15. April 1909.

Der Oberbürgermeister.
Siegrist. Lacher.

Total-Ausverkauf

Wegen Aufgabe meines Ladens verkaufe ich kolossal billig.

Wer jetzt kauft spart Geld!

Schuhhaus Heilig

Klauprechtstrasse 22.

Herren-, Damen- u. Kinderstiefel

in großer Auswahl. 2008

Badenia-Fahrräder!

erstklassiges badisches Fabrikat

Nr. 131 II nur Mk. **88.—**, netto Cassa, in schöner Ausmahl, mit Freilauf **12** M. mehr.

Reparaturwerkstätte mit Motorbetrieb. Einsetzen von Freilaufnaben, vernickeln emaillieren in eigenem Emaillierofen.

Großes Lager sämtlicher Ersatzteile. Niederlage der **Continental Pneumatik-Marke** in Mäntel, Schläuche usw. unter Garantie. **Rabatt-Marken.**

Radfahrer-Vereine erhalten Engros-Preise. 1646

Preislisten gratis.

Alleiniger Vertreter am Platze

J. Blum, 49 Schützenstrasse 49.

Karl Walz Schreibmaterialien-Handlung **Durlach**

empfiehlt sämtliche 1976

Schulbücher, Lehrmittel und Zeichenartikel

für

Volksschulen, Fortbildungsschulen, Gewerbeschulen, in grosser Auswahl.

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.